Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045 21047 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 65. Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Montag, 17. Januar 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 13**

Von Marx zu Marx

Hindenburg hat Sonnabend Marx empfangen und ihm den Auftrag erteilt, die „parlamentarische Lage und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung zu klären". Ueber die Ergebnisse der Sonntagsverhandlungen liegt folgende Meldung vor:

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 17. Januar.**

Marx hat nach Annahme der Beauftragung der Regierungsbildung pro forma zunächst die Deutsche Volkspartei angefragt, ob sie ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung mitmachen werde. Die Volkspartei hat daraufhin bereits am Sonntag ihre erneute Ablehnung einer Mitarbeit mit der SPD. inoffiziell mitteilen lassen. Im letzten Moment hat sich die SPD. im „Sozialdemokratischen Pressedienst" in einem Artikel zur Unterstützung des Kabinetts auch ohne Regierungsbeteiligung angeboten. In dem Artikel des „Pressedienstes" heißt es: „Warum Minderheitskabinett? Warum gestattet man der SPD. nicht die Regierung? Wir sind jedoch weit davon entfernt, auf diese Frage das entscheidende Gewicht zu legen."

Die Rechtskoalition ist also gesichert. Westarp hat bereits auf der Tagung der deutschnationalen Angestellten die Parole der Loslösung des Zentrums von der Sozialdemokratie ausgegeben.

*

Montag wird Marx die sogenannte Regierung der Mitte zu bilden versuchen. Die Deutsche Volkspartei hält Montag und Mittwoch Sitzungen ab, in denen die Entscheidungen über die Stellungnahme zu Marx' Anträgen getroffen werden.

Die gegenwärtige Situation ist also die folgende: Man will ein Rechtskabinett bilden, das offiziell Kabinett der Mitte heißen soll und in dem Marx der Kanzler werden soll. Die reaktionäre Wirtschaftspartei soll ebenfalls in die Regierung einbezogen werden.

Ob diese Versuche gelingen werden oder nicht, ist noch nicht entschieden. Die Deutschnationalen kündigen an, daß sie ein Kabinett der Mitte nur mit loser Bindung nach rechts nicht unterstützen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß solche Erklärungen der deutschnationalen Presse in den nächsten Tagen widerrufen werden können. Es kommt den Deutschnationalen nur darauf an, den Druck zu verschärfen und die Bildung des Bürgerblocks zu beschleunigen.

Es steht zu erwarten, daß die Woche mit Verhandlungen ausgefüllt wird. Der Hauptzweck ist dabei die Irreführung der breiten Massen der Werktätigen. Um so wichtiger ist es, daß die Arbeiter den Charakter des sogenannten Kabinetts der Mitte als den eines Rechtskabinetts erkennen. Gegen die Bürgerblockdiktatur zu kämpfen ist aber nur möglich, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Partei die Pläne der SPD.-Führer auch durchkreuzen. Die revolutionären Schichten der Arbeiterklasse dürfen sich nicht damit begnügen, daß sie die Lage selbst klar sehen, es gilt auch, die Erkenntnis in die breiten Massen der sozialdemokratischen und der parteilosen Arbeiter hineinzutragen.

Für die Komintern! Für die Linie der Partei!

Die erweiterte Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg

hielt am 16. Januar eine Sitzung ab, die zu den Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale Stellung nahm. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Wilhelm Koenen beteiligten sich eine Reihe von Genossen an der Diskussion. Im Anschluß an das Referat und an die Diskussion wurde folgende Entschließung angenommen:

Resolution

1. Zum Bericht über die VII. Erweiterte Exekutive

Die erweitere Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD. stimmt nach Entgegennahme des Berichts über die VII. Erweiterte Exekutive ihren Beschlüssen vollinhaltlich zu. Die Arbeit der deutschen Delegation wird gebilligt.

Die Hauptergebnisse der Tagung sind folgende:

1. Die gegenwärtige Weltlage ist eine Situation zwischen zwei Wellen der Revolution. Nach einer genauen leninistischen Analyse wurde das Bestehen einer kapitalistischen Stabilisierung festgestellt, aber auch ihr schwankender, vorübergehender Charakter herausgearbeitet. Die kapitalistische Stabilisierung wurde als Frage des Klassenkampfes bestimmt und mit den Perspektiven der proletarischen Revolution verbunden.

2. Im Zusammenhange mit der kapitalistischen Stabilisierung wurden eine Reihe der wichtigsten prinzipiellen Fragen der Gegenwart klar beantwortet. Die Exekutive stellte erneut die Richtigkeit der leninistischen These fest, daß der Imperialismus die „letzte Etappe des Kapitalismus" ist und verneinte die Theorie der 2. Internationale von der Möglichkeit eines „Ultra-Imperialismus". Die veränderte Stellung der Kommunisten zur nationalen Frage im unterdrückten Deutschland von 1923 und dem heutigen imperialistischen Deutschland wurde aufgezeigt, erneut die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion bestätigt.

Die Frage der Einstellung der Kommunisten zur kapitalistischen Rationalisierung wurde dahingehend beantwortet, daß die Kommunisten kein Interesse an der Verbesserung der kapitalistischen Wirtschaft haben. Ihre Aufgabe ist es, gegen die kapitalistische Stabilisierung, gegen jede Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter durch den kapitalistischen Rationalisierungsschwindel und für die proletarische Diktatur und die sozialistische Wirtschaftsform zu kämpfen.

3. Die gegenwärtigen Hauptaufgaben der Komintern sind:

Die Unterstützung der wichtigsten Kraftzentren der internationalen revolutionären Bewegung (Sowjetunion, chinesische Revolution, Klassenkampf der englischen Arbeiterklasse), Verschärfung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern wie Deutschland, Kampf gegen Krieg und Interventionsgefahr, gegen die Offensive des Kapitals, für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, verstärkte Durchführung der Einheitsfronttaktik, gesteigerte Gewerkschaftsarbeit und energische Tätigkeit für die internationale Gewerkschaftseinheit, Arbeit für die Gewinnung breiter Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft; Abwehr gegen Faschismus und weißen Terror, Kampf um die Befreiung der Massen vom zersetzenden Einfluß der 2. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

4. Den fraktionellen Vorstoß der Führer des Oppositionsblocks in der KPdSU. wies die VII. Erweiterte Exekutive energisch und entschlossen zurück. Sie verurteilte die scheinradikale, trotzistische Plattform als sozialdemokratische Abweichung und sprach sich einstimmig und vorbehaltlos für die richtige leninistische Politik des ZK. der Sowjetunion aus.

5. Die Erweiterte Exekutive stellte bei der Behandlung der deutschen Frage fest, daß auf Grund der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus ein neuer deutscher Imperialismus entsteht. Aufgabe der KPD. ist es, dessen politisch-ökonomischen Inhalt genauestens zu analysieren. Trotz der relativen Stabilisierung ist auch in Deutschland, infolge der Vertiefung der Gegensätze des Klassenkampfes, der durch diese Stabilisierung weiter verschärft wird, mit einer unmittelbaren revolutionären Situation zu rechnen. Aufgabe der KPD. ist es, eine gesteigerte Mobilisierung der Werktätigen durchzuführen, die Arbeitermassen im Kampfe zu führen gegen den wiedererstehenden deutschen Imperialismus, gegen die Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats durch die kapitalistische Rationalisierung. Die Gewerkschaftsarbeit ist dabei von größter Bedeutung. Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit der KPD., deren politische Linie als richtig anerkannt wurde, sind die Gewinnung des Vertrauens neuer und breiter Schichten der Arbeiterklasse und die Ueberwindung der ultralinken Vorstöße gegen den Kommunismus. Als Mängel wurden aufgezeigt die nicht genügende organisatorische Auswertung der politischen Erfolge, die noch immer mangelhafte Gewerkschaftsarbeit, der ungenügende Ausbau des Funktionärstammes aus den Reihen der Arbeiterschaft.

6. Zur innerpolitischen Lage der KPD nahm die 7. Erweiterte Exekutive ausführlich Stellung. Sie beschloß, nach Prüfung des Appells von Maslow, Ruth Fischer, Scholem, Urbahns und Schwan, den Ausschluß dieser Parteifeinde aus KJ. und KPD. zu bestätigen. Der ultralinke, falsche Standpunkt der Weddinger Opposition wurde verurteilt. Sie wurden vor die Entscheidung gestellt, entweder mit der Komintern oder mit den ausgeschlossenen Renegaten zu gehen.

Der Genosse Ernst Meyer erklärte in einer Erklärung sich vorbehaltlos für die Politik der KJ. und der KPD. Damit wurde die Konzentration der Kräfte in der Partei wesentlich gefördert und, indem der Genosse Ernst Meyer sich von den politischen Fehlern der Genossen Brandler und Thalheimer nochmals scharf abgrenzte, die Mitarbeit des Genossen Ernst Meyer gewährleistet.

Die organisatorischen Maßnahmen gegen die Genossen Brandler und Thalheimer wurden aufgehoben, da beide ihre Fraktionsarbeit eingestellt haben. Die politische Verurteilung dieser Genossen wurde aufrecht erhalten, da beide Genossen ihre opportunistischen Fehler, von denen sich die VII. Erweiterte Exekutive nochmals scharf abgrenzte, bisher nicht widerriefen.

Die Aufgabe des 11. Parteitages ist es, die dauernde Konsolidierung, die unzerstörbare Einheit der Partei im Sinne der Beschlüsse der VII. Exekutive zu sichern.

2. Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag

Unter Anlehnung an die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive stellt sich die erweiterte Bezirksleitung Halle-Merseburg vorbehaltlos auf den Boden der im „Bolschewistischen Kurs", Dezembernummer veröffentlichten Plattform zur Vorbereitung des Bezirks- und Reichsparteitages.

Die obige Entschließung wurde mit 66 gegen 1 Stimme angenommen. Sowohl die Diskussion als das Ergebnis der Abstimmung waren Beweise dafür, daß die KPD. Halle-Merseburg einheitlich und geschlossen auf dem Boden der Komintern steht, daß zum größten Aergernis der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Führer die Parteimitgliedschaft im Bezirk keine zerfetzende Fraktionsarbeit zuläßt. Die Tagung, die auf einer bemerkenswerten Höhe stand, war ein guter Auftakt zum bevorstehenden Bezirksparteitag und zum Reichsparteitag.

Zur Entwicklung des neudeutschen Imperialismus

Der Etat des Auswärtigen Amtes

Von Walter Stoecker

Die Entwicklung eines neudeutschen „republikanischen" Imperialismus, die sich insbesondere seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund immer deutlicher zeigt, spiegelt sich auch klar wider in dem neuen von Herrn Stresemann vorgelegten Haushalt des Auswärtigen Amtes. Jahr für Jahr steigert die deutsche Bourgeoisie die Ausgaben für diesen Etat beträchtlich, um so ihre politische und wirtschaftliche Vertretung im Ausland zu verstärken und die deutsche Diplomatie in die Lage zu versetzen, auch draußen, entsprechend der veränderten Lage in Deutschland, „auftreten" zu können. Im gleichen Tempo, in dem die Ausgaben für die Verstärkung von Reichswehr und Marine anwachsen, steigen auch die Millionen, die die deutsche Bourgeoisie für ihre neu-imperialistische Außenpolitik verwendet. Während der kaiserliche Imperialismus im letzten Vorkriegsjahr 20 500 000 Mark für den auswärtigen Etat brauchte, wird der von der Sozialdemokratie so sehr unterstützte republikanische Imperialismus in diesem Jahre das Dreifache, nämlich 59 121 000 Mark, für seine Außenpolitik verwenden. Diese Ausgaben wurden in den letzten drei Jahren fast verdoppelt. Sie betrugen 1925: 32 569 100 Mark, 1926: 54 306 000 Mark und sollen jetzt wieder um vier Millionen erhöht werden auf 59 121 000 Mark. Neue Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate verschlingen eben ein Heidengeld. In diesem Jahre sollen nach dem neuen Haushalt wieder zehn neue Konsulate errichtet werden, die allein etwa eine Million Mark erfordern. Und da die Kosten für den Eintritt und Beitrag Deutschlands zum Genfer Völkerbund noch nicht im Etat enthalten sind, aber wahrscheinlich auch noch etwa zwei Millionen betragen werden, wird der Gesamtaußenetat wahrscheinlich auf 61 000 000 Mark kommen. Was der deutschen Bourgeoisie an militärischer Macht noch fehlt, sucht sie durch eine stärkere und mehr verbreiterte diplomatische Vertretung zu ersetzen.

Wer übrigens glaubt, daß das diplomatische Personal in seiner Zusammensetzung durch die Gründung unserer sogenannten „Republik" ein verändertes Gesicht zeige, täuscht sich gewaltig. In keinem Amte herrscht der Adel so unumschränkt wie im Reiche Stresemanns. Und auch der diplomatische Nachwuchs wird fast ausschließlich feudalen Kreisen entnommen! In dieser Hinsicht haben natürlich auch die sozialdemokratischen Außenminister Hermann Müller und Köster nichts geändert.

Auch sonst zeigt der neue Haushalt die Züge der neuen imperialistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie. Während Wilhelm der Türmer und seine Außenminister im Zeitalter des kaiserlichen Imperialismus für Zwecke der politischen Spionage nur eine Million verbrauchten, verlangt Herr Stresemann für diese unsaubere Arbeit nicht weniger als acht Millionen! Im vergangenen Jahre wurde der Spionagefonds von fünf auf acht Millionen erhöht mit der Erklärung, die neuen drei Millionen seien nur einmalig notwendig. Jetzt aber heißt es im Etat: „Die im Vorjahr als einmalige Fondsverstärkung vorgesehenen 3 000 000 **Mark werden tausend benötigt"**; d. h. diese acht Millionen werden zu einer dauernden, ständigen Ausgabe!

Für einen ähnlichen Zweck, der im Etat unter der Bezeichnung läuft: „Förderung des **deutschen Nachrichtenwesens im Ausland"**, für welchen Zweck das kaiserliche Deutschland ganze 300 000 Mark brauchte, fordert Herr Stresemann nicht weniger als **2 780 000 Mark an!** Auch diese Summe wird in jedem Jahre erhöht, diesmal von 2 500 000 auf 2 760 000 Mark. Hinzu kommen aber noch für das „wirtschaftliche Nachrichtenwesen" bejondere 500 000 Mark und für die „Förderung des Nachrichtenwesens im Inland" 446 000 Mark! Dies sind zusammen im Außenetat allein 11¾ fast 12 Millionen Mark für Spionage und Nachrichtenwesen. Dabei ist eine halbe Million für die berüchtigte Zentrale für Heimatdienst, die sonst immer im Außenetat stand, diesmal in den Etat der Reichskanzlei übernommen worden, in dem auch noch neu angefordert sind anderthalb Millionen für „Nachrichtendienst im Inland". Mit diesen beiden Summen beträgt also **der Korruptionsfonds der Reichsregierung 14 Millionen Mark**, eine Summe, mit der sich schon etwas anfangen läßt. Aus diesem Fonds kaufte Herr Stresemann bekanntlich hinter dem Rücken des Reichstags, aber unter Zustimmung des Sozialdemokraten Hermann Müller, die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**. Aus diesen Summen wurde auch vom Stinnes-konzern durch das Reich die **„Industrie- und Handelszeitung"** angekauft. Die „DAZ" sollte politisch und die „J. u. H.-Ztg." wirtschaftlich Stresemanns imperialistische Außenpolitik vertreten. Die Beratung des Außenetats wird wohl zeigen, was aus den beiden Blättern werden wird. Daß die hier genannten Geheim- und Nachrichtenfonds von der „pazifistischen" Sozialdemokratie Jahr für Jahr restlos bewilligt wurden, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden.

Sehr verdächtig ist übrigens auch im neuen Auswärtigen Etat die Erhöhung der Summe von 4 700 000 Mark für „Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland" auf sechs Millionen. Nach den Erfahrungen beim Reichswehretat wird auch der Außenetat genau kontrolliert werden müssen, zumal sich auch hier sehr oft die verdächtige Bemerkung findet: **„Die Mittel sind übertragbar."**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0001

In jedem Jahre bekämpft die kommunistische Fraktion auch die völlig zwecklose teure Botschaft beim Vatikan in Rom. In Rom haben wir nämlich zwei Botschaften, eine bei Mussolini und eine beim Papst! Die Botschaft beim Papst kostet allein jährlich etwa eine halbe Million. Die Sozialdemokraten aber setzten sich besonders für die Aufrechterhaltung dieser Botschaft ein und lehnten unsere Anträge für die Aufhebung dieser Botschaft ab. Breitscheid blieb es vorbehalten, die Notwendigkeit dieser teuren Paradeeinrichtung aus „informatorischen Gründen" zu betonen!

Die deutsche Arbeiterklasse hat bei der wachsenden imperialistischen Entwicklung alle Veranlassung, die kapitalistische Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie und auch den Außenetat dieser Bourgeoisie schärfer als bisher zu beobachten und zu bekämpfen.

Das Schreckensregiment Pilsudskis

Es wird ein Kommunisten-Komplott konstruiert — Verhaftung weißrussischer Abgeordneter — Hunderte von Verhaftungen

(Eig. Drahtmeld.) **Warschau**, 17. Januar.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung der drei weißrussischen Abgeordneten berichten amtliche Warschauer Stellen von der Aufdeckung einer „großen kommunistischen Aktion". Es sind bereits 400 Personen verhaftet, denen Verbindungen mit Moskau und mit der illegalen Kommunistischen Partei Polens vorgeworfen wird.

Warschau, 16. Januar.

Dem Vorgehen der polnischen Behörden gegen die ultraradikale, die Unabhängigkeit Weiß-Rußlands anstrebende nationale Organisation „Hromada" wird in der polnischen Presse der Charakter eines Schlages gegen eine großangelegte, gegen den polnischen Staat gerichtete kommunistische Verschwörung gegeben (!?) Der polnischen Darstellung zufolge ist das Herz der Bewegung in Moskau zu suchen. Die Kominern soll nämlich beschlossen haben, sich bei der gegen den polnischen Staat gerichteten kommunistischen Agitation zum Zeit auch die nationale Bewegung zunutzezumachen, und zwar die Hromada für die Agitation unter der orthodoxen Bevölkerung, die Unabhängige Bauernpartei für die Bearbeitung der katholischen Landbevölkerung und die Kommunistische Partei für die Propagierung des Kommunismus unter dem großstädtischen Proletariat. Ein engerer Ausschuß dieser drei Organisationen soll in enger Verbindung mit Moskau gestanden haben. Die Tätigkeit der Hromada soll deshalb so schwer aufzudecken gewesen sein, weil — wie „Kurjer Poranny" mitteilt — das kompromittierende Material nicht, wie man annahm, bei Minsk über die Grenze geschmuggelt, sondern mittels diplomatischer Post nach Polen gelandt worden ist.

Abgesehen von den drei weißrussischen Abgeordneten wurden im ganzen Lande noch zahlreiche führende Persönlichkeiten der weißrussischen Hromada verhaftet. Die Zahl der Festgenommenen beträgt einige Hundert. Allein in Warschau und im Wilnaer Gebiet sind je 80 bis 100 Personen, unter ihnen die beiden Direktoren der Wilnaer Weißrussischen Bank und einige Beamte der Bank, verhaftet worden. Gestern wurde im Sejmgebäude die Post der drei verhafteten Abgeordneten revidiert.

In den halbamtlichen und amtlichen Darstellungen wird betont, daß die Abgeordneten eines gemeinen Verbrechens überführt worden sind, also des Schutzes der Immunität verlustig gegangen seien. Der polnische Justizminister führt in seinem Antwortschreiben an den Sejmmarschall aus, daß die Verhaftung der Abgeordneten notwendig war, um die Folgen ihrer Frevel zu unterbinden. Der sozialdemokratische „Robotnik" betont, daß die Regierung mit der Verhaftung der Abgeordneten eine ernste Verantwortung auf sich genommen habe.

*

Es ist klar, zu welchem Zweck die Massenverhaftungen weißrussischer Politiker in Polen unter dem fadenscheinigen Vorwand erfolgen, sie hätten im Auftrage der Sowjetregierung eine staatsfeindliche Tätigkeit betrieben. Pilsudski sucht nach Auswegen, mit denen er seine Angriffspläne gegen die Sowjetunion maskieren könnte. Als Pilsudski seine Herrschaft antrat, hat er in einem Dekret feierlich sich gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen gewandt.

Die Regierungszeit Pilsudskis hat bewiesen, daß er noch schärfer gegen die nationalen Minderheiten vorzugehen versteht wie seine Vorgänger. Erst vor wenigen Tagen standen 151 ukrainische Bauern und Intellektuelle vor dem polnischen Gericht und sind zu vielen hundert Jahren Kerker verurteilt worden. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen wird von Pilsudski gleichzeitig verbunden, um im Auftrage Englands die Beziehungen zur Sowjetunion möglichst zu verschärfen.

Der Abschiedsbrief der vier hingerichteten Kommunisten

Kurz vor ihrer Hinrichtung schrieben die vier hingerichteten litauischen Genossen den folgenden Abschiedsbrief an ihre Kameraden:

„Genossen! Uns vier Genossen, Karl Pojella, Josef Greifenberger, Kasis Gedris und Rafael Tschorny hat das Feldgericht zur Erschießung verurteilt. Nur der Genosse Faivusch Abramowitsch wurde zu lebenslänglichem Gefängnis und der Genosse Scheluga zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Wir haben an den Präsidenten ein Gesuch gerichtet, dem Kreisgericht oder dem Tribunal übergeben zu werden, mit dem Hinweis darauf, daß für die in Frage kommende Zeit eine Amnestie erlassen worden ist. Aber die Tatsache, daß man uns vor ein Feldgericht gestellt hat, spricht dafür, daß man uns erschießen wird. Allen, allen unseren Genossen die besten Wünsche! Mögen sie leben, arbeiten und ihr Ziel erreichen!"

Aus diesem tapferen Schreiben unserer zum Tode verurteilten Genossen geht klar die Unwahrheit der Behauptungen hervor, daß sie beim Präsidenten um Gnade nachgesucht hätten. Sie haben lediglich ihr Recht gefordert, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Es hatten sich freilich eine Anzahl bürgerlicher humanitär eingestellter Personen gefunden, die ihrerseits, ohne mit den Verurteilten in Verbindung zu treten, sich bei der Regierung um ihre Begnadigung bemühten.

Terrorurteile gegen Rakosi und Genossen bestätigt

(WTB.) **Budapest**, 15. Januar.

Heute nachmittag wurde das Urteil der Königlichen Tafel als zweiter Instanz im Prozeß des ehemaligen Volksbeauftragten Matthias Rakosi und Genossen verkündet. Die Königliche Tafel verringerte nur das Strafmaß von Zoltan Weinberger, dessen Strafe von 8 Jahren Zuchthaus auf 6 Jahre Zuchthaus herabgesetzt wurde. Im übrigen wurde das Urteil der 1. Instanz bestätigt.

Dollarfrieden in Nicaragua?

(Eig. Drahtmeld.) **Neuyork**, 17. Januar.

Präsident Diaz hat durch Vermittlung der Washingtoner Gesandtschaft von Nicaragua an die Liberalen einen Friedensvorschlag gerichtet. Er schlägt Neuwahlen im Jahre 1928 unter amerikanischer Aufsicht vor. Bis dahin sollen Vertreter der Liberalen in die Regierung eintreten.

Londoner Kundgebung gegen die Klassenjustiz

(WTB.) **London**, 16. Januar.

Auf dem Trafalgar Square wurde heute von der britischen Gruppe der internationalen Organisation zur Unterstützung von Klassenkampfgefangenen eine Kundgebung veranstaltet. Die Kundgebung galt in erster Linie den politischen Gefangenen in Litauen und den Personen in England und die im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Was geht den Erwerbslosen die Regierungskrise an?

Während des achtmonatigen Bestehens der Regierung Marx hat diese durch ihr reaktionäres Wirken auch dem letzten Arbeiter und Erwerbslosen vordemonstriert, daß sie von dieser Regierung nichts zu erwarten haben. Als Beauftragte des Kapitals war es ihre besondere Aufgabe, rücksichtslos die Interessen der Unternehmer zu vertreten und die Grundlagen für die gesteigerte Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Schon in der Volksentscheidsbewegung für die Enteignung der abgedankten Fürsten präsentierte sie sich als offene Platzhalterin der Monarchisten. Selbstverständlich deckte sie aus diesem Grunde auch das Vorgehen der preußischen Regierung beim Hohenzollern-Vergleich. Das von ihr geschaffene Knebelungsgesetz, bekannt unter der Marke: „Schmutz und Schund", verwirklicht den Willen aller Reaktionäre in Deutschland zur Unterdrückung jeder revolutionären Meinung. Ganz besonders reaktionäre Taten sind die Durchpeitschung des Arbeitsgerichts-Gesetzentwurfes, die rücksichtslose Anwendung des Schlichtungswesens zugunsten der Unternehmer, die Galvanisierung des Schlichtungsschwindels, die Aufrechterhaltung des 10- und 12stündigen Arbeitstages.

Für die Erwerbslosen zeigte aber die Regierung Marx ihre besondere Vorliebe und „Menschenfreundlichkeit" darin, daß sie das von dem Reichstag im Juli beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm mit allen Mitteln sabotierte, ebenso wie sie die Forderungen der Erwerbslosen auf Erhöhung ihrer Unterstützungssätze sabotierte. Rücksichtslos setzte sie sich selbst über die Beschlüsse des Reichstages hinweg und proklamierte so offen die Diktatur der Kapitalisten. So war es auch selbstverständlich, daß die Erwerbslosigkeit unter der Regierung Marx nach einer geringen Senkung mit dem Beginn des Winters von neuem anzusteigen begann.

Trotz aller reaktionären Maßnahmen leistete die sozialdemokratische Partei der Regierung ihre Unterstützung. So lebte diese in der letzten Zeit nur durch die stille Koalition und direkte Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokratie und Regierung. Die Bourgeoisie duldete diese stille Unterstützung, um wenigstens über die erste Hälfte des Winters hinwegzukommen und der Arbeiterschaft die Maßnahmen des Bürgertums aufzuzwingen. Nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen. Die Bourgeoisie, besonders die Schwerindustriellen, suchen den Anschluß an die Deutschnationalen und wollen so eine reine Regierung der Bourgeoisie auch nach außen hin schaffen. Ob die Bourgeoisie sich schon diesmal der Mitarbeit der Sozialdemokratie vollständig entledigt und ihr den bekannten Fußtritt versetzt, kann heute noch nicht gesagt werden. Innerhalb der Bourgeoisie sind starke Tendenzen vorhanden, die glauben, daß die Macht der Kapitalisten sich durch die tatkräftige Unterstützung der SPD. so gefestigt hat, daß sie auf die weitere Hausknechtshilfe der Sozialdemokraten verzichten können. Die Bourgeoisie konnte von neuem nur zu dieser Macht gelangen, weil die Sozialdemokratische Partei den Arbeitern erzählte, daß es notwendig ist, durch Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern die Wirtschaft wieder aufzubauen. Der Erfolg dieser Politik liegt klar und offensichtlich auf der Hand. Die Bourgeoisie ist als Sieger hervorgegangen, die Arbeiterklasse muß diese Politik mit ihrer weiteren Verelendung, mit der Herabsetzung der Löhne, der Verlängerung der Arbeitszeit, mit einer Zwei-Millionen-Erwerbslosenarmee bezahlen.

Gegenüber dem Block des Finanz- und Industriekapitals gibt es für die Arbeiterschaft nur eine Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten, einen einheitlichen Block der Arbeiter entgegenzusetzen. Die Koalitionspolitik hat ihren offenen Bankrott gezeigt. Im außerparlamentarischen Klassenkampf gilt es die Kräfte zu organisieren, die die Arbeiterklasse benötigt, um den Anschlägen der Reaktion zu begegnen. Die Erwerbslosen als die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung und der Koalitionspolitik müssen sich in diesem Kampf der Arbeiterschaft in die Klassenfront der Werktätigen einreihen und ihn mit aller Energie fördern und unterstützen.

Die reaktionäre Regierung Marx ist gestürzt. Der reaktionäre Reichstag, der diese reaktionäre Regierung Marx acht Monate am Ruder ließ, soll weiterbestehen. Das bedeutet, die Lage für die Erwerbslosen wird nicht geändert. Nur wenn durch den Kampf der Arbeiterschaft auch der reaktionäre Reichstag verschwindet, wird die Voraussetzung geschaffen, daß die Erwerbslosen ihre Forderungen durchsetzen.

Auf der Reichskonferenz am 1. und 2. Dezember haben die Erwerbslosen von ganz Deutschland ihre Forderungen aufgestellt und beschlossen, alles für die Durchsetzung dieser Forderungen einzusetzen. Sie können ihre Forderungen jedoch nur verwirklichen, wenn an Stelle der reaktionären Regierung eine Regierung kommt, die bereit ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Die Parole der Erwerbslosen ist darum: Nicht Koalitionspolitik, sondern proletarische Klassenpolitik, nicht parlamentarischer Kuhhandel, sondern außerparlamentarischer Klassenkampf! Auflösung des Reichstages! Für eine Regierung der Arbeiter und Bauern!

Ententegranaten gegen deutsche Arbeiter

Auf Veranlassung deutscher SPD.-Führer

Auf die Verleumdungen der deutschen sozialdemokratischen Presse, die Sowjetregierung habe der Reichswehr Sowjetgranaten zur Niederwerfung der deutschen Arbeiter geliefert, antwortet Genosse Cachin in der „Humanité" mit einer sehr zeitgemäßen Erinnerung. Er schreibt:

„Ich erinnere mich sehr genau, wie ich von Clémenceau 1919 Aufklärungen über den Stand der Entwaffnung Deutschlands nach Beendigung des Krieges verlangt habe. Clémenceau antwortete mir, daß auf dringendes Verlangen der damaligen Leiter der deutschen Republik (das waren die sozialdemokratischen Minister) ihnen viele Maschinengewehre und Munitionsvorräte belassen worden sind, um die Bewegung der Arbeiter im Jahre 1919 niederzuschlagen."

Die Bittgänge der sozialdemokratischen Minister haben also bewirkt, daß die französische und englische Generalität den Noske-Truppen die Waffen in der Hand ließ unter der Garantie, daß die Waffen nur zur Niederwerfung der Revolution verwendet würden.

Luther im Krupp-Aufsichtsrat

Essen, 16. Januar.

In der gestrigen Generalversammlung der Fried. Krupp A.-G. wurde der frühere Reichskanzler Dr. Luther in den Aufsichtsrat gewählt.

Werktätigen-Konferenz im Rheinland

(Eig. Drahtmeld.) **Düsseldorf**, 17. Januar.

Gestern tagte die Bezirkskonferenz der Werktätigen Düsseldorfs. Insgesamt 85 Delegierte von Arbeiterorganisationen und Betrieben mit Mandat waren erschienen, außerdem eine große Zahl weiterer Delegierter ohne Mandat, die auf kleine Presseankündigung hin aus den Betrieben und Gewerkschaften geschickt waren. Einstimmig wurde mit den Stimmen der zahlreichen sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter beschlossen, in der Woche vom 23. bis 29. Januar Kundgebungen in allen Städten für die Forderungen des Kongresses der Werktätigen zu machen. Mit großer Begeisterung wurde das Referat des Genossen Neubauer aufgenommen. Am Schluß wurde ein Bezirksausschuß der Werktätigen gebildet.

SPD.-Arbeiter protestieren gegen die Ausschlüsse

(Eig. Drahtm.) **Kiel**, 17. Januar.

In einer Versammlung des Ausflandsmittees protestierten zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder des Reichsbanners gegen den Ausschluß des sozialdemokratischen Ausland-Delegierten Ames. Ein Kieler Distrikt der SPD. hat sich diesem Protest angeschlossen.

An den Gräbern von Karl und Rosa

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 17. Januar.

Gestern demonstrierte das Berliner Proletariat an den Gräbern von Karl und Rosa auf dem Friedhof in Friedrichsfelde. Unübersehbare Massen demonstrierten gegen die steigende Kriegsgefahr gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für Achtstundentag und Reichstagsauflösung.

Revolutionäre Gedenkfeier — in Württemberg verboten

(Eig. Drahtm.) **Stuttgart**, 17. Januar.

Hier wurde die Gedenkfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit der Begründung verboten, daß lebende Bilder vorgeführt würden.

Gewerkschaftliche Erfolge

In Weißenfels wurde die oppositionelle Ortsverwaltung des DMV. wiedergewählt.

In Wittenberg wurden in die Leitung des Maschinisten- und Heizerverbandes fünf oppositionelle Gewerkschaftler, vier KPD.-Genossen und ein Sympathisierender einstimmig gewählt.

In Berlin hat die Versammlung des Kreises 9 des Eisenbahnerverbandes der Eisenbahner in die Kreisleitung zwei KPD.-Genossen und einen SPD.-Kollegen gewählt. Von 18 Generalversammlungsdelegierten gehören neun der KPD. und acht der SPD. an.

Einschränkung des Privathandels in Moskau

(OE.) **Moskau**, 14. Januar.

Der Gesamtumsatz der Moskauer Warenbörse betrug im Dezember 282,1 Millionen Rubel gegenüber 409 Millionen im November. Fast bei allen Waren war ein Umsatzrückgang zu verzeichnen. Besonders stark war der Umsatzrückgang jedoch auf dem Textilwarenmarkt. Vom Rückgang der Konjunktur wurde insbesondere der Privathandel schwer betroffen. Eine Reihe privater Großhandels- und Kleinhandelsfirmen ist in Liquidation getreten. Das Tätigkeitsgebiet des Privathandels erfährt eine ständig fortschreitende Einschränkung.

Englische Flottenverstärkungen für China

(WTB.) **Malta**, 16. Januar.

Das erste Kreuzergeschwader wird morgen abend in Malta erwartet. Es wird sofort Proviant und Munition einnehmen, um in Bereitschaft zu sein, sofort nach Eingang eines Beschlo nach China in See zu gehen.

Selbst Peking wünscht Rückgabe der englischen Konzessionen

(Eig. Drahtmeld.) **Peking**, 17. Januar.

Die Pekinger Regierung hat dem englischen Gesandten mitgeteilt, falls England auf die Hankauer Konzession verzichte, müsse es sofort mit Verhandlungen über die Auslieferung der übrigen englischen Konzessionen an China beginnen. Insbesondere verlangt Peking die sofortige Rückgabe des englischen Flottenstützpunktes Waihaiwai.

Missionare und Kaufleute auf der Flucht an die Küste

Reutter, die englische Telegraphen-Agentur, meldet aus Peking:

London, 15. Januar. Außer den britischen Kaufleuten, die ihre Geschäfte im Stich lassen mußten, sind auch viele Hunderte von Missionare aus dem Innern Chinas nach der Küste unterwegs. Sie waren gezwungen, die Schulen und Krankenhäuser, die von den Chinesen für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden, und die Kirchen, die durch christenfeindliche Pöbelhaufen entweiht wurden, zu verlassen und mußten tätliche Beleidigungen und unwürdige Behandlung erdulden. Infolgedessen ist in der vergangenen Woche ein entschieden ungünstiger Wechsel in der Haltung der Chinesen und in einzelnen Fällen auch der Japaner gegenüber den Engländern eingetreten. Die Aenderung kommt darin zum Ausdruck, daß die Engländer geradezu mit Verachtung behandelt werden.

Es ist selbstverständlich, daß Reutter alle Meldungen aus China mit den notwendigen Greueigeschichten würzt, um die englische Bourgeoisie für eine Intervention in China reif zu machen. Tatsache ist lediglich, daß den Imperialisten in China und ihren Pfaffen der Boden unter den Füßen heiß geworden ist und sie so schnell wie möglich versuchen, aus den von den Nationalrevolutionären beherrschten Gebieten zu verschwinden.

Die britische Regierung ohne Informationen aus China

Entgegen anders lautenden Nachrichten hat das Foreign Office keine Nachrichten von dem britischen Gesandten in Peking oder dem Gesandtschaftsrat O'Malley über die Besprechungen des letzteren mit dem kantonesischen Minister des Aeußern in Hankau erhalten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Chamberlain, hat beschlossen, das Wochenende in London zu verbringen, um sich über die Entwicklung der chinesischen Lage ständig auf dem laufenden zu halten.

Der Reichskanzler a. D. Luther, der neulich von einer langen Auslandsreise nach Deutschland zurückgekehrt ist, hält zurzeit in allen deutschen Städten vor nationalen Frauenvereinen und ähnlichen Organisationen Vorträge über seine Reise. Interessant ist die Frage, wie Luther diese Reisen finanziert und wie hoch sich die Einkünfte dieses Exkanzlers belaufen. Zunächst ist Herr Luther ein Doppelverdiener. Er erhält nicht nur 14 000 Mk. jährliche Pension als Reichskanzler a. D., sondern daneben gehört Luther auch dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn an und erhält für diesen Posten jährlich die runde Summe von 100 000 Mk. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn tagt einmal im Monat vier Stunden. Herr Luther bezieht also für seine „Arbeit" im Verwaltungsrat der Reichsbahn pro Stunde 2000 Mk. Nun ist Luther ein halbes Jahr in Südamerika gewesen und hat in dieser Zeit natürlich an Verwaltungsratssitzungen der Reichsbahn nicht teilnehmen können, trotzdem erhält er natürlich die für dieses halbe Jahr fällige Summe von 50 000 Mk. für Nichtstun ausgezahlt. „Der verantwortungsvolle Staatsmann Luther" denkt natürlich nicht daran, auf diese 50 000 Mk. zu verzichten. Die Reise nach Südamerika selbst hat er, wie man erfährt, nicht einmal von seinen Riesieneinkünften bestritten, sondern die dafür interessierten deutschen Industriekreise, in deren Auftrag Luther nach Südamerika gefahren ist, haben ihm das Geld für diese Reise gegeben. — Es läßt sich gut als Reichskanzler a. D. leben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Bergarbeiter, Augen auf!

„Bergarbeiterzeitung" und Ueberschichten

In Nr. 2 der „Bergarbeiterzeitung" vom 8. Januar wird auf fast zwei Seiten in ziemlich radikalen Worten gegen die jetzt im Bergbau herrschenden Zustände vom Leder gezogen. Man kann als Kommunist ohne Ausnahme alles unterstreichen, was dort gegen die Brutalität der Grubenherren gesagt wird. Auch kann man mit einigen Ausnahmen alles unterstreichen, was dort für die Bergarbeiter gefordert wird. **Aber gerade auf die Ausnahmen, die wir nicht unterstreichen können, kommt es für die Bergarbeiter an.** Dazu kommt noch, daß die Haltung der sozialdemokratischen Führer und die Forderungen in der „Bergarbeiterzeitung" **mit den Taten in vollkommenem Widerspruch stehen.**

Die „Bergarbeiterzeitung" rechnet aus, wieviel Ueberschichten im Bergbau verfahren worden sind und stellt dann fest, daß, wenn die Ueberschichten gesetzlich verboten wären, alle arbeitslosen Bergarbeiter **hätten eingestellt werden können.** Dieselbe Feststellung hat Genosse Sobottka als Redner der Kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag bei der Beratung des Bergetats im Sommer 1926 gemacht und auch Grund dessen verlangt, daß die Ueberarbeit im Bergbau durch ein zu erlassendes Gesetz sofort verboten werden soll. Die Sozialdemokraten und Zentrumsleute haben ein gesetzliches Verbot der Ueberschichten damals aber abgelehnt! Noch am 13. Dezember 1926, als die kommunistische Anfrage wegen der gesteigerten Kranken- und Unfallziffer und die sozialdemokratische Anfrage wegen der Ueberschichten besprochen wurden, waren die Sozialdemokraten für ein gesetzliches Verbot der Ueberschichten nicht zu haben. Sie beantragten nur ein Verbot der Ueberschichten durch eine Verordnung. Sie wußten aber genau, und der Vertreter des Ministeriums hat es ihnen nochmals gesagt, daß die Ueberschichten durch eine Verordnung nicht verboten werden können. Die „Bergarbeiterzeitung" schreibt:

„Die Arbeitskraft als das Primäre der deutschen Wirtschaft hat ein Anrecht auf Schutz durch den Staat, der nur durch ein gesetzliches Verbot der Ueberarbeit erreicht werden kann."

Also die „Bergarbeiterzeitung" fordert gesetzliches Verbot, nicht Verbot durch Verordnung. Es ist richtig, daß durch ein Gesetz, das als eine Novelle zum allgemeinen preußischen Bergegesetz beschlossen werden müßte, die Ueberschichten verboten werden können. Auch kann das durch ein Reichsgesetz geschehen. Warum geschieht das nicht? Und warum fordert die sozialdemokratische Fraktion im Landtag kein gesetzliches Verbot, sondern lehnt es ab?

Würde die sozialdemokratische Fraktion im Landtag dem kommunistischen Antrag zustimmen oder selbst einen solchen Antrag auf gesetzliches Verbot stellen, dann müßten auch die zentrümlichen Bergarbeiterführer Farbe bekennen. An ihnen läge es dann, ob ein Verbot wirklich zustande kommen würde oder nicht. Würde das Zentrum aber einem gesetzlichen Verbot zustimmen, dann ist die Mehrheit des Landtages da und die Regierung müßte es durchführen. **Die preußische Regierung ist aber nichts anderes als das Organ der Grubenherren,** und die Grubenherren lassen ein gesetzliches Verbot nicht zu. Darum kann die Zentrumsfraktion einem Verbot nicht zustimmen. Die Sozialdemokraten dürfen im Landtage ein gesetzliches Verbot auch nicht fordern, weil sie mit dem Zentrum in der Koalitionsregierung sitzen. Ihre Anträge im Landtage dürfen daher nur so weit gehen, als sie einer zentrümlichen Agitation nicht schaden. Wenn aber die Entschädigung über die Ueberschichten allein dem Zentrum zugeschoben würde, befürchten die zentrümlichen Bergarbeiterführer eine Schädigung ihrer Agitation. **Die Koalitionspolitik der SPD. mit Zentrum und Demokraten in Preußen verbietet ihnen also, ein gesetzliches Verbot der Ueberschichten durchzusetzen.**

Im Reichstage liegen die Dinge ähnlich. Hier kämpft die Sozialdemokratie um die Große Koalition. Eine Koalitionsregierung im Reiche von SPD. bis zur Deutschen Volkspartei, aber selbst auch nur bis zu den Demokraten, wird niemals die Ueberarbeit gesetzlich verbieten. Das wissen auch die Redakteure der „Bergarbeiterzeitung" ganz genau. Ihre radikalen Töne und ihre Forderung nach einem gesetzlichen Verbot haben darum einen anderen Zweck.

Wir Kommunisten haben im Landtag und auch im Reichstag natürlich ein gesetzliches Verbot der Ueberarbeit verlangt und dabei den Bergarbeitern keinen Zweifel darüber gelassen, daß weder Landtag noch Reichstag ein solches Verbot aussprechen, **wenn nicht die Bergarbeiter selbst in den Betrieben den Kampf um die Beseitigung der Ueberarbeit im Bergbau aufnehmen.** Mit anderen Worten: Will der Bergarbeiterverband die Ueberschichten beseitigen, dann muß die erste Tat sein: Kündigung des Mehrarbeitsabkommens, Kündigung des Tarifvertrages im gesamten deutschen Bergbau und Festlegung im Tarifvertrag, daß an einem Arbeitstage nur eine Schicht verfahren werden darf. Eine solche Aenderung des Tarifvertrages läßt sich aber nicht erreichen ohne Kampf. Darum muß, um ein Verbot der Ueberschichten zu erreichen, gekämpft werden. Will die Regierung einen solchen Kampf verhindern, dann kann sie ja ein gesetzliches Verbot erlassen.

Die Stellung der „Bergarbeiterzeitung" schaltet die Kampffrage aus. Das geschieht nicht in Unkenntnis der Tatsachen, sondern ganz bewußt. Die „Bergarbeiterzeitung" will mit ihrem Manöver erreichen, daß die Bergarbeiter **vom Kampf um die Arbeitszeit in den Betrieben abgelenkt werden und sich auf den Reichstag und Landtag verlassen.**

Hinter der Stellung der „Bergarbeiterzeitung" steckt noch etwas anderes. Dr. Pinkerneil, der Vertreter des Zechenkapitals im Preußischen Landtag, sagte am 13. Dezember 1926:

„Auch wir sind gegen die wilden Ueberschichten; wir wollen die Ueberarbeit in geordnete Bahnen leiten."

Also, die Grubenherren wollen ein Ueberschichtenabkommen nach dem Muster von 1920/22: jede Woche zwei halbe. Das haben sie nicht nur im Landtage, sondern auch an anderen Stellen zum Ausdruck gebracht. Aus dem Artikel der „Bergarbeiterzeitung" geht auch hervor, daß man über eine tariflich geregelte Ueberarbeit auch über die Schichtzeit hinaus mit sich reden läßt. Die Bergarbeiter wissen aber ganz genau aus den Jahren 1920 und 1922, daß die tariflichen Halben bei der damaligen Siebenstundenschicht zur Achtstundenschicht geführt haben. Die neuen tariflichen Halben, die geplant werden, sollen zur Achteinhalbstundenschicht führen, damit der Konkurrenzkampf mit England durchgeführt werden kann.

Darum Bergarbeiter, Augen auf! Ablehnung auch einer zentralen Regelung der Ueberschichtenfrage durch die sogenannten Tarifkontrahenten und Kampf um die Siebenstundenschicht und den Achtstundentag in den Betrieben!

Ein Beispiel aktiver Gewerkschaftsarbeit

ADGB.-Kartell, Delitzsch

Die Gewerkschaftsvertreter waren zur Kartellsitzung am 10. Januar vollzählig erschienen. Die Sitzung bewies, daß bei gutem Willen auch gute Arbeit für die werktätige Bevölkerung geleistet werden kann.

Unter anderem wurde beschlossen, einen **Lichtbildervortrag** vom Genossen Gottschalk, Leipzig, über **„Mutterschaftszwang, Volksgesundheit und Paragraph 218 des RStG."** vorführen zu lassen. Das Datum wird noch bekanntgegeben. Einmütig wurde weiter beschlossen, die Volksbühne wieder ins Leben zu rufen. Dazu wurde ein vorläufiger Bildungsausschuß gewählt. Als erstes Stück wird „Das Grabmal des unbekannten Soldaten" von Rannal aufgeführt. Eintrittspreise von 50 Pfennig bis 1,50 Mark. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweihe findet jetzt jeden Sonntag von 10.30 bis 12.30 Uhr statt. Die Bezirkswirtschaftsschule beginnt wieder am Sonntag, dem 16. Januar, vormittags 9 Uhr, in Eilenburg („Stadthalle") und dauert bis 27. März.

Der dritte Punkt, **Verkürzung der Arbeitszeit und die dazu notwendigen Maßnahmen,** löste eine lebhafte Diskussion bei den Delegierten aus. Während die KPD.-Genossen die bisherige Haltung des ADGB. scharf kritisierten und dabei u. a. auf Ermächtigungsgesetz, Arbeitszeitfrage und englischen Bergarbeiterstreik zurückkamen, versuchten die SPD.-Genossen Buhle und Hampe die Haltung der Führer zu verteidigen. Jedoch kamen auch sie zu der Ueberzeugung, **daß wirtschaftsfriedliche Handlungen uns nicht zum Ziele bringen,** sondern daß es noch zu scharfen Kämpfen um den Achtstundentag kommen würde, wie das die Kommunisten schon immer gelehrt haben. Einig waren sich alle Delegierte darin, daß die gewerkschaftliche Organisierung eine unbedingte Notwendigkeit ist und daß **jetzt sofort in allen Gewerkschaften der Kampf um den Achtstundentag organisiert werden müsse.** Die bisherige Taktik der Ausschüsse von Oppositionellen und die Antistreikstimmung der Gewerkschaftsführer hat die Gewerkschaften zum Ruin gebracht. Jetzt gilt es, mit vereinten Kräften diese Fehler gut zu machen. Durch Kampf zum Sieg! — Das war auch die Meinung des Genossen Buhle.

Die drei bereits am Freitag veröffentlichten Entschließungen, betr. Abbaumaßnahmen bei Post und Eisenbahn, gegen die Biersteuer und die hohen Lebensmittelpreise und Fahrpreiserhöhung bei der Eisenbahn, sowie ein Protest gegen den Terror in Litauen wurden von sämtlichen Delegierten einstimmig angenommen und vom Ortsausschuß an die Reichsregierung, den ADGB. und an die Litauische Gesandtschaft, Berlin, abgesandt.

Denkt an die Vorbereitung der Ortsverwaltungs- und Betriebsratswahlen!

Fachgruppensammlung der Bauhilfsarbeiter, Halle

Am 5. Januar tagte im „Volkspark" eine Versammlung der Bauhilfsarbeiter mit der Tagesordnung: Reorganisation des Ortsstatuts; Wahl eines Fachgruppenobmanns, eines Stellvertreters und eines Schriftführers. Der Vorsitzende Brauns sichtete den Anwesenden dasselbe auf, wie tags zuvor den Maurern (siehe „Klassenkampf" vom 12. Januar). Brauns sprach klar aus, daß das neue Ortsstatut sein Machwerk ist, unter einigen Veränderungen seitens des Bezirks- und Hauptvorstandes. In der Diskussion, an der sich hauptsächlich die Kollegen Stellmacher, Stolle, Diemann und Koch beteiligten, wurde betont, daß das neue Ortsstatut doch wohl anders hätte aussehen können.

Als Obmann der Bauhilfsarbeiter wurde Kollege Stellmacher, als Stellvertreter Kollege Stolle und als Schriftführer Kollege Zimmermann einstimmig gewählt. Kollegen, trage ein jeder dazu bei, daß sich die Vertreter, welche nun gewählt werden müssen, so zusammensetzen, daß trotz dieser Mitglieder-Vergewaltigung Eure Interessen richtig zum Ausdruck gebracht werden.

Oppositionelle Verwaltung im graphischen Hilfsarbeiterverband, Halle

Die graphischen Hilfsarbeiter- und -arbeiterinnen der Zahlstelle Halle hielten am 11. Januar 1927 ihre Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß trotz vieler Arbeit nur die alten Positionen gehalten werden konnten. Viel mehr wäre im Interesse der Mitglieder erreicht worden, **wenn jedes Mitglied seine Pflichten erfüllte.** Hervorzuheben ist bedauerlicherweise, daß alte und gute Gewerkschaftler ihre Kinder nicht dazu bewegen können, sich zu organisieren. Außerdem mußte festgestellt werden, daß in Arbeit stehende verheiratete Frauen nicht der Organisation angehören. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden.

Die Kassenverhältnisse sind nicht besonders günstig zu nennen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 4922,30 Mark, eine Ausgabe von 1416,20 Mark. Die Einnahme der Ortskasse betrug 1167,10 Mark, die Ausgabe 1156,59 Mark. Das bereits stark in Erscheinung getretene Rentnerunwesen muß bekämpft werden.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der alten Verwaltung, mit einer Ausnahme.

Der am 31. März d. J. ablaufende **Manteltarif** erfordert von jedem einzelnen Mitgliede die höchste Aktivität, da das Unternehmertum einschneidende Verschlechterungen herbeiführen will. Nur an einer gut organisierten und geschulten Hilfsarbeiterschaft können die Absichten der Unternehmer zerschellen.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nochmaligem Appell an die Mitglieder, dafür zu sorgen, daß sich alle, die noch fernstehen, organisieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Erwerbslosen Wittenbergs gegen die litauische Henterregierung

Eine am 11. Januar 1927 im Gewerkschaftshaus Wittenberg tagende, von zirka 350 Erwerbslosen besuchte Versammlung zeigte große Lebendigkeit. Der Besuch wird von Woche zu Woche stärker, ein Zeichen dafür, **daß ein systematisches Arbeiten auch Früchte trägt.** Es sind im letzten Vierteljahr, also vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1926, laut Bericht **über 400 Anträge und Beschwerden vom Ausschuß an die Behörden gerichtet worden,** zum größten Teil mit Erfolg.

Nach einigen folgenden organisatorischen und geschäftlichen Fragen nimmt die Versammlung auch zu den Ereignissen in Litauen Stellung und **verurteilt auf das schärfste das Vorgehen dieser faschistischen Henkerregierung.** Folgende Resolution, bestimmt für die litauische Gesandtschaft in Berlin, fand einstimmige Annahme:

Die heute in den Räumen des Gewerkschaftshauses tagende, übervoll besetzte Versammlung der Erwerbslosen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der faschistischen Regierung Litauens und ihrem Terrorregiment gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Sie erhebt den schärfsten Protest gegen die standrechtlichen Erschießungen und Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter. Internierungen mit dem Ziel der Vernichtung jeder oppositionellen Regung sind an der Tagesordnung. Wir fordern entschieden von der litauischen Regierung:

1. **Aufhebung des Belagerungszustandes.**
2. **Aufhebung der Kriegsgerichte.**
3. **Freilassung aller politischen Gefangenen.**
4. **Gewährung einer ausreichenden Rente für Hinterbliebene gemordeter revolutionärer Arbeiter.**

Schon sind eine Anzahl litauischer Klassengenossen standrechtlich gemeuchelt, andre zu Tode verurteilt und sollen erschossen oder gehenkt werden.

Einmütig fordern wir Einstellung dieser unerhörten Bergehen.

Wittenberg, den 11. Januar 1927.

Die Erwerbslosen Wittenbergs.

Oppositionelle Holzarbeiterverwaltung in Kelbra

In der Holzarbeiter-Generalversammlung v. 11. Januar in Kelbra wurde der alte Vorstand (vier KPD. und fünf Sympathisierende) einstimmig wiedergewählt.

Verstärkt die Arbeit in den Gewerkschaften!

„Ein Mangel unserer Gewerkschaftsarbeit ist zweifellos der, daß wir es bisher nicht genügend verstanden haben, die Reservekräfte der Partei, d. h. die mit der Partei sympathisierenden Organisationen, wie RFB., RHMB., Arbeitersportler usw., für die Gewerkschaftsarbeit zu interessieren und zu mobilisieren."

Wo findest du Vorschläge und Anregungen für die Verstärkung des oppositionellen Blocks in den Gewerkschaften?

Im neuen Heft des „Parteiarbeiter"!

Generalversammlung der Staats- und Gemeindearbeiter, Zeitz

In der Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Zeitz, wurde als 1. Vorsitzende der SPD.-Kollege Schumann mit 34 gegen 24 Stimmen gewählt, die auf den Genossen Seidel entfielen.

Man ließ in dieser Versammlung einen Geschäftsbericht wohlweislich unter den Tisch fallen. Dietrich, Müller und der Gauleiter Uhde vereinigten sich um so mehr zu einer Hetze gegen den Genossen Seidel, besonders als bei der ersten Abstimmung Schumann nur 6 Stimmen erhalten hatte.

Dietrich (SPD.) erklärte auf einmal, daß man nicht wählen könne, bevor nicht über die Personen gesprochen sei. Die Person Seidels komme als Vorsitzender nicht in Frage, da der Oberbürgermeister Löffler (SPD.) nicht mit ihm verhandele! Löffler sei von ihm beleidigt worden und er habe bei Verhandlungen mit dem Magistrat ein Abkommen nicht unterschrieben. Auch sei unter seinem früheren Vorsitz vom Kassierer ein hoher Betrag unterschlagen worden. Sollte er trotzdem **gewählt werden, so würde der ADGB. Zeitz die Geschäfte übernehmen (!).** Müller (SPD.) erklärte, daß Leute in der Versammlung anwesend seien, die weder dem Verband angehörten noch beauftragt seien, an der Versammlung teilzunehmen. Auch seien aus dem Verband der Bauarbeiter Ausgeschlossene da, die man im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband aufgenommen hätte. Wenn die Leute von einem Verband, der dem ADGB. angeschlossen ist, ausgeschlossen seien, könne ein anderer Verband sie nicht aufnehmen. Darauhin erklärte Kollege Netterath (KPD.), der letztere betrag, daß man ihn aus dem Bauarbeiterverband lediglich deshalb ausgeschlossen habe, weil er mit der heutigen Gewerkschaftsführung nicht einverstanden sei. Der reformistische Gauleiter Uhde greift auch noch zugunsten seiner Parteigenossen ein, der Vorsitzende Weichert will darauhin den Genossen Gutjahr aus dem Lokal weisen, obwohl dieser, Delegierter der Staatsarbeiter und als Stadtrat auf Grund eines Beschlusses das Recht hat, an den Versammlungen teilzunehmen. Gauleiter Wächtendorf hatte sich damals sehr für den Beschluß eingesetzt.

Kollege Seidel wies eine Schuld an der Unterschlagung durch den Kassierer zurück und verurteilte, daß die Gauleitung, an die die Beträge und die Abrechnung geschickt werden, es gutheißt, daß der Kassierer nicht monatlich das Geld abschickte. Belege und Kasse haben bei Lisper gestimmt, was ja auch die Unterschriften bestätigen.

Seidel erklärt weiter: L. hatte noch ein Schuldkonto, was Uhde, nachdem die Unterschlagung erfolgt war, bekanntgab. Das war ein Betrag von 135 Mark vom Juni 1925. Er macht der Gauleitung den Vorwurf, insbesondere Uhde, daß er nicht früher darüber gesprochen hatte. L. hat verschiedene Schreiben erhalten, wovon Seidel keine Ahnung hatte. Kollege Seidel verlangte, endlich den Beweis anzutreten, daß er ein Schreiben bekommen haben soll. Man solle nicht immer mit solchen Mitteln arbeiten.

Kollege Oehler erklärt, daß er es nicht versteht, daß man mit drei Mann auf Seidel hackt. Warum hat die Gauleitung keine Mitteilung an Seidel gemacht, daß Lisper seit Juni 135 Mark Beiträge schuldet?

Am Schluß der Versammlung hatte Dietrich noch eine Sache des Städtischen Krankenhauses zu erklären. Im Krankenhaus beschäftigt man Personal, Mädchen, von früh 7 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr. Obgleich man vor längerer Zeit den Oberbürgermeister Löffler, der gleichzeitig Dezernent ist, unterrichtet hatte, wurde nichts dagegen unternommen.

Der englische Lehrerverband für die Einheit

Am 29. und 30. Dezember 1926 fand in London der 5. Verbandstag des englischen Lehrerverbandes (Teachers Labour League), der der Pariser Lehrer-Internationale angeschlossen ist, statt. Die Delegierten des Bildungsarbeiter-Verbandes der Sowjetunion und der luxemburgische Delegierte der Lehrer-Internationale wurden an der Einreise durch die britische Regierung verhindert. Der Verbandstag nahm eine **Protestresolution gegen die Haltung der Regierung** an, deren Fernhaltung der Sowjetdelegierten als ein Angriff auf die Rechte der Gewerkschaften bezeichnet wurde.

Der Vorsitzende, H. Stanley Redgrove, hielt die Eröffnungsrede und forderte die Delegierten auf, alles einzusetzen, um die Einheit wieder herzustellen. **Am zweiten Tage führten die Reformisten eine Spaltung durch.** Angeführt ein Drittel der Delegierten verließ den Saal und somit auch die Organisation. Die abtrünnigen Delegierten mit Morgan Jones an der Spitze gaben die Absicht bekannt, eine neue Lehrerorganisation zu gründen.

Ohne Zweifel ist diese Spaltung in Großbritannien ein Glied in der Spaltungstaktik der Amsterdamer und hängt mit der Gründung der Amsterdamer Bildungsarbeiter-Internationale eng zusammen.

Die von Morgan Jones neugegründete Organisation wird sich sicher der Amsterdamer Bildungsarbeiter-Internationale anschließen, da dies dem Wesen ihrer Gründung entspricht. **Von den übrigen Delegierten wurde eine Erklärung der Exekutive gegen die Spalter vollinhaltlich gebilligt.** Es wurde beschlossen, eine Kampagne zusammen mit dem Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses zu organisieren, um eine einzige Gewerkschaft für alle britischen Lehrer wieder herzustellen.

Eine weitere Resolution wurde angenommen, die dem Lehrerverband der Sowjetunion für die freundliche Aufnahme der Delegierten während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion dankt.

Landarbeiter und Kleinbauern für die gemeinsame Kampffront!

Eine in Nackwitz stattgefundene öffentliche Landarbeiterversammlung stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse des KdW. und gelobt, an der Herstellung der Einheitsfront aller Werktätigen mitzuhelfen.

Die Versammlung fordert alle Landarbeiter auf, geschlossen den Kampf gegen den Terror der Großagrarier gemeinsam mit dem Stadtproletariat aufzunehmen.

Auf, zum Kampf aller Werktätigen in Stadt und Land!

Fort mit der Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer!

Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Die Rote Gewerkschafts-Internationale

Führer-Verlag, Berlin NW 6, Charitéstraße 7. Preis der Organisationsausgabe, die nur zu beziehen ist durch die Buchhandlungen der Vipa, 1,— Mk. Die soeben erschienene Nummer 12 (Dezember) der „Roten Gewerkschafts-Internationale" enthält folgende Artikel: A. Losowski: Resultate und Perspektiven der Arbeiten der RGI. (Zum VII. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion.) — H. Brandler: Wege der kapitalistischen Entwicklung in der Nachkriegszeit (England und Deutschland). — J. D. Levin: Das Ende des Bergarbeiterstreiks. — V. Watson: Der Kontinentaleuropäische Eisen- und Stahltrust. — Ivo Anselmi: Die faschistische Reaktion, die Lage der Arbeiterklasse und die Wirtschaftskrise in Italien. — A. Jansen: Der Kongreß des reformistischen Gewerkschaftsbundes Hollands und Sinaus Evolution. — Argus: Die Spaltung der dänischen Gewerkschaftsbewegung. — J. Hais: Die Lage der Arbeiter und die nächsten Aufgaben des Internationalen Allgemerkschaftlichen Verbandes (Tschechoslowakei). — S. Belitskaia: Vom Reformismus zum Faschismus in Polen — Badulesku: Einheitsfront der Bourgeoisie und der Reformisten in Rumänien. — William Foster: Der Kongreß der AFL. (Vereinigte Staaten). — Eidus: Die Früchte des japanischen Reformismus. — J. Zimring: Die arabische Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung. — Des ferneren enthält die Nummer eine Reihe Buchbesprechungen, u. a. eine Rezension des neuen Buches von Ford: „Das große Heute, das größere Morgen", usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nb:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0003

Christlich-soziale Kritik an der SPD.

Vitus Heller spricht in Krefeld

Der Führer der christlich-sozialen Reichspartei, Vitus Heller, der durch sein Auftreten in der Fürstenkampagne für eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter bekannt geworden ist, sprach am 10. Januar in einer Versammlung in Krefeld, die von zahlreichen christlichen und sozialdemokratischen, sowie von kommunistischen Arbeitern besucht war. Sein Referat war eine scharfe Kritik an der Politik der bürgerlichen Parteien, insbesondere am Zentrum, dem Vitus Heller das Recht absprach, sich „christlich" zu nennen, da es den Mammon anbete und die Interessen des Volkes mit Füßen trete. Ebenso scharf rechnet Vitus Heller mit der Politik der sozialdemokratischen Führer ab, die ein geröttetes Maß von Schuld an dem Verfallen der deutschen Revolution trügen. Es ist besonders bemerkenswert, daß Heller sich auch für die Freilassung von Max Hoelz einsetzte. Er gab weiterhin zu, die russischen Arbeiter hätten es heute besser als die deutschen.

Die an das Referat anschließende Diskussion zeigte deutlich den Grad der Zersetzung in den Reihen der christlichen Arbeiter. Ein alter Zentrumsfunktionär erklärte daß er zwar am Zentrum festhalte, aber zugeben müsse, daß dank der Geldsackpolitik des katholischen Grundadels die Kleinbauern in Scharen dem Zentrum den Rücken kehren. Auch in der Zentrumsjugend sei eine starke Austrittsbewegung zu spüren. Für die Kommunistische Partei sprach unter starkem Beifall der Versammelten, Genosse Schlösser. Er betonte, heute stehe nicht der Kampf gegen die Religion auf der Tagesordnung, sondern die Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter, einerlei ob sie christlich oder sozialdemokratisch seien, im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Einstimmig nahm die Versammlung eine Protestentschließung gegen die Hungerlöhne und die Steuerpolitik der preußischen und der Reichsregierung, sowie gegen die Klassenjustiz an.

Die Krefelder Versammlung ist ein neuer Beweis dafür, welche Stimmung gerade in den Reihen der Zentrumsarbeiter herrscht, die immer deutlicher sehen, daß die Politik ihrer Partei ausschließlich von dem schwerindustriellen Klöckner-Flügel beherrscht und damit gegen ihre Interessen gerichtet ist. Die christlich-soziale Reichspartei, die auf der Basis dieser Stimmungen entstanden ist, kann wohl vorübergehend einen Teil dieser vom Zentrum enttäuschten Arbeiter auffangen. In dem Augenblick aber, wo es zu ernsten Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie kommt, wird es auch den christlich-sozialen Arbeitern klar werden müssen, daß ihr Platz nur an der Seite der klassenbewußten revolutionären Arbeiterschaft sein kann.

Tarifkündigungen

Die Textilangestellten in Sachsen haben die Tarife zum 31. Januar gekündigt und fordern Gehaltserhöhung.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 214 73. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Stadtteil Süden. Zellengruppe 1. Straßenzellen-Mitgliederversammlung am Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, bei Freundlieb.
Gesten. Mitgliedergeneralversammlung Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Glas. Thema: Politische Lage und Aufgaben.

Unterbezirk Delitzsch

Ottenburg. Allgemeine Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig".

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Pistority. VKK.-Feier Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Kino. Referent: Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.
Bitterfeld. Parteiarbeiterkonferenz am Dienstag, 18. Januar, abends ½8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent: Genosse Max Lademann.
Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Eger. Thema: Gemeindeangelegenheiten. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Zeitz-Weißenfels

Hohenleipisch. Oeffentliche Volksversammlung Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Bericht vom KPD. Referent: Genossin Ida Voigt.
Stolzenhain. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Bericht vom KPD. Referentin: Genossin Ida Voigt.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 9 Uhr abends.
Bankdirektonto: Leipzig. Konto Nr. 14 871. Fritz Brückner, Halle.
Alle Ortsgruppen und Untergauen zur Kenntnis, daß die Untergau-Konferenzen und Generalversammlungen, zu denen ein Mitglied der Gauführung angeordnet ist, ausfallen, da am 23. Januar eine erweiterte Gauführungssitzung stattfindet, zu der die Untergauleiter des RFB. und der RJ. erscheinen müssen. Alle Untergau-Konferenzen usw. ersuchen wir bis nach diesem Termin zu verschieben.
Untergauen zur Kenntnis, daß die Untergaukonferenzen wie folgt festgelegt werden:
Torgau: Am 30. Januar in Falkenberg (Generalversammlung Elsterwerda am 29. Januar).
Merseburg: Am 6. Februar.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Kollsparl" Sitzung der Abteilungsvorstände aller Abteilungen. Gauführung.
Halle. Abteilung 3. Westen, 5. Kameradschaft. Dienstag, den 18. Januar, abends ½8 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Hoffmann, Glauchaer Straße.
Halle. Abteilung 9, 1. und 4. Kameradschaft. Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Rappite Versammlung.
Halle. Abteilung 5, 14. und 15. Kameradschaft. Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Köppchen, Unterberg, Versammlung.
Halle. Abteilung 5, 2. und 3. Kameradschaft. Donnerstag, 20. Januar, abends 8 Uhr, „Goldene Kette" Versammlung.

Untergau Bitterfeld

Werbebezirk Petersroda-Holzweißig. Donnerstag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Bitterfeld Werbebezirksversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg-Piesterity. Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung (Kursus).

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Piesterity. Gruppenabend am Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Knappe. Gäste sind willkommen.
Eilenburg. Der für Mittwoch, den 19. Januar, angesetzte Diskussionsabend muß unsüdlich halber ausfallen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 214 73

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag abend 8 Uhr im „Kollsport", Zimmer 3, Funktionärsitzung. Alle Funktionäre sowie alle zu Genossen haben zu erscheinen.
Ammendorf. Dienstag abend 8 Uhr öffentliche Jugendversammlung. Thema: Wie hilft sich die Jugend zu dem Weißen Terror in Litauen?
Halle. Achtung, Jugendgenossen! In den nächsten Tagen werden die neuen Mitgliedsbücher zur Ausgabe gelangen. Selbige werden nur gegen die alte Karte ausgefüllt. Wir ersuchen Euch hierdurch zum letzten Male, die alten Karten umgehend bei den Funktionären abzugeben.
Halle. Mittwoch 8 Uhr in der „Reichskrone" Musikübungsstunde.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Dienstag abend 6 Uhr in der Produktiv Versammlung der Bezirke 1 u. 2.
Ammendorf. Dienstag, 18. Januar, nachmittags ½5 Uhr, in der „Post" Besprechung über die Vorfälle in den Schulen.
Zeitz. Mittwoch, 19. Januar, nachm. ½4 Uhr, Diskussionsabend in der „Herberge".
Gerbstedt. Mittwoch, nachm. 6 Uhr, Gruppenabend im Jugendheim.

Bund der Freunde der JAI.

Internationale Arbeiter-Hilfe
Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau Halle, Gr. Steinstr 16 H. pt. Teleph. 29150

Halle. Dienstag, 18. Jan., 8 Uhr, „Kollsparl", Org.- und Werbekommissionssitzung.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 2442b

Zeitzburg. Mitgliederversammlung am Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Nachtigall.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Weißenfels** und **Umgegend** zur gefl. Kenntnis, daß ich am **15. Januar**

Gr. Kalandstraße 2
(Ecke Fischstraße) ein

Abzahlungs-Geschäft

in Herren- und Damen-Konfektion, Bett- u. Leibwäsche, Bettdecken, Gardinen, Trikotagen, Handarbeitsjachen und Gobelins

*129 **eröffnet** habe

Bei geringer Anzahlung Aushändigung der Ware. Rest in mäßigen Raten. — Käufer wollen sich bitte mit genügenden Ausweispapieren versehen

Emil Werner, Kredith us, Weißenfels

Geschäfts-Eröffnung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Weißenfels und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage in dem Hause **Zeitzer Straße 10** ein Spezial-Seifengeschäft unter der Firma

„Berg-Seifenhaus"

eröffnet habe *128

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrenden Herrschaften mit guter und reeller Ware gewissenhaft zu bedienen und bitte ich um gütige Unterstützung

Hochachtungsvoll
Werner Zehmisch, Weißenfels

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Nur Dienstag

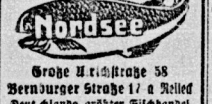
Kolossal billig!

Nur infolge Riesenfängen 3 Waggons

Grüne Heringe 19 ₰
heringsfrische, fette Ware, 4—5 Stück auf 1 Pfd. . . . nur
Sie können davon auch Bratheringe und Gelcheringe machen. Rezepte dazu gratis

Kieler Sprotten 58 ₰
Kiste 1 Pfund Inhalt nur . . .
ausgewogen . . . . . ½ Pfd. 35 ₰

Makrelenfücklinge . . . . Pfd. 50 ₰
137



Große Ulrichstraße 58
Bernburger Straße 1/ a. Rolled
Deutschlands größter Fischhandel
Großer Versand nach auswärts

Dölau Dölau
Habe mich hier als *131
Hebamme niedergelassen
Frau Martha Neubert
Lettiner Straße 2

Lest den Klassenkampf

Stadt-Theater
Heute
Montag 8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig
Dienstag 8 Uhr
Der Evangelimann
Zahlung der 3. Rate für Dienstag-Stimmkarten bis Dienstag mittag erbeten.

Brennholz
(hart und weich) in Dienstungen offeriert
Lou s Kuckelt
G. m. b. H.
Dampfsägewerk
Burgstädtenstraße 43

Haushaltungen
kaufen nur bei unseren Inserenten

Walhalla
Tel. 2818
Dir. Curt Olfers
4 Uhr Täglich 8 Uhr
Sensation von Halle
Die große Revue
Die Bunte Tüte
Ein buntes Reigen von Frühling u. der Liebe in 14 lustig. Bildern
Musik vom Bikter Corzilius
Zeit Brennabersetzung
Das gr. Ballett u. a. Die Wunderräte (Tägl. Verteilung von 4 Pfd. Pralinen)
40 Mitwirkende
300 Kostüme
Trotz enorme Unkosten unverändert niedrige Preise von 50 Pf. bis 4.00 Mark
Kasse ab 11 Uhr mittags durchgehend

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Bekanntmachung

Die Ausschreibung von 400 lfd. Metern Tonrohrenkanal in der Zufahrtstraße (Mordstraße) nach dem Flughafen Schkeuditz soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Angebote sind bis **Donnerstag, 20. Januar, vormittags 10 Uhr,** im Bureau I des Magistrats Halle, Zimmer 23, des Wagenbaudes, Marktplatz 14, einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen und auch die Verdingungsanschläge zum Preise von 2 RM. entnommen werden können. 134

Halle, 15. Januar 1927. **Städt. Tiefbauamt.**

Schkeuditz, 15. Januar 1927. **Städt. Tiefbauamt.**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, 20. Januar, nachmittags 5 Uhr,** nach dem Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes. 2. Jahresbericht 1926. 3. Wahl des Vorstandes. 4 Kommissionswahlen. 5. Deputationswahlen. 6. Wiedereinsetzung der Servis- und Einquartierungskommissionen und Wahl der Mitglieder 7. Festsetzung der Aufwandsbezüge für einen Beamten. 8 Bürgschaftsübernahme. 9. Anleihe für das Wasserwerk und andere Zwecke betreffend. 10. Aufnahme eines Darlehns aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. 11 Nachbewilligung der Mietbeihilfen für Erwerbslose. 12. Errichtung einer Gewerbeberufsschule. 13. Errichtung einer Stelle. Direktorstelle für die gewerbliche Berufsschule für männliche Jugend. 14. Entlastung der Abrechnungen: a) über den Hausumbau Fichtstraße 8, b) über die Bürgersteigpflasterung in der Alterburger Straße. 15. Kassenprüfungsverhandlungen. *137

Zeitz, 17. Januar. **Der Stadtverordnetenvorsteher.** Goldstein.

Schallplatten große Auswahl!

Leipziger Str. 66
Bekleidungshaus
Joh. Heun
Kleine Unkosten, daher billige Preise

Flugplatz-Kasino
(7 Minuten von der Endstation der Linie 1, Vertrauen-Friedhof)
Mod. Saal und Gesellschaftszimmer
Jeden Sonntag Ball
Spezialität: H. Kaffee. Windbeutel mit Schlagsahne
Max Weber

Fahrräder — Sprechapparate
10.— Mark Anzahlung 3.— Mark Wochenrate
Paul Lucke, Halle (S.)
Bäckerstraße 1 (Glauchaer Straße)
Reparatur-Werkstatt

Drogerie u. Parfümerie
Carl Saatz
Halle (S.), Rannische Str. 6
Toilette Artikel, Bürsten, Besen, Seifen, Christbaumschmuck

Sie kaufen vorteilhaft
Mod. Strickbekleidung
Strümpfe, Wäsche
im Etagengeschäft
Erna Jamm, Hirtenstr. 7
Ein Besuch lohnt!

Für Beamte ohne Anzahlung
Im Waren-Kredit-Geschäft
B. Ehrenreich & Co.
Halle, Rannische Str. 15, Tel. 28263
kaufen Sie auf bequeme
Teilzahlung
Möbel, Bilder, Polsterwaren, Herren- und Damen-Konfektion, Wäscheartikel usw.

Gr. Brunnenstr. 69
Kauft
Eure
Kohlen und Kartoffeln
bei
Paul Fuchs
Gr. Brunnenstr. 60
Telephon 209 87

Hauptbahnhofs Wirtschaft Halle (S.)
Die Großgaststätte für jedermann!
Täglich
fertige, billige Hausgerichte
W. Bettenhausen

Größte Auswahl
billigste Preise
Herren- und Knabenkleidung
sämtliche Berufskleidung
Gustav Reinsch
Marktplatz 25
im Roten Turm

Johannes Thurm
Aelteste Roßschlächterei
Gegr. 1868 Tel. 265 18
Glauchaer Straße 79
Ia. Roßfleisch
und
alle Wurstwaren

Brehmer-Liköre
Nordhäuser, Weinbrand, Rum und Arrak, alle Sorten Weine
kauft man am besten bei
Brehmer Nachf. Halle
obere Leipziger Straße 43

Groß-Roßschlächterei Karl Böhlert
Halle an der Saale
Clarastr. 3, Reiltr. 30, Tel. 29035
Ammendorf, Hauptstr. 28, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
Warme Würstchen z. jed. Tagesgeit

Zigarren, Zigaretten, Tabake
en gros en détail
Milius Henning
Pfännerhöhe 3
Fernruf 281 16 Fernruf 281 1

Sie kaufen gut und billig
Unterzeuge, Wollwaren, Strümpfe
usw. bei
Reinhold Wolff
Salzgartenstr. 3 (am Hallmarkt)

Trinkt
sauerpasteurisierte Milch
aus der
Molkerei Merbitz in Halle
Freiimfelder Str. 8 Tel. 28612

Paul Reichardt
Zigarren-Spezialgeschäft
Baderei 1, Ecke Herrenstraße

Sohlleder-Ausschnitt
empfiehlt billigst
A. Fabig
Hallorenstraße

Kleiderstoffe
Baumwollwaren
Fritz Mösenthin
Halle an der Saale
Burgstraße 1

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Der Bezirksschule des kommunistischen Jugendverbandes zum Gruß!

Heute früh begann in Halle die Bezirksschule des Kommunistischen Jugendverbandes, an der sich ungefähr 35 Jugendgenossen aus dem Bezirk beteiligen. Mit großer Mühe ist es dem Jugendverband gelungen, diese Schule, die 14 Tage lang dauern wird, zu organisieren.

Gestern abend fand im Saale der Produktiv eine Einführungsfeier für die Kursanten statt, die von der Ortsgruppe Halle des Kommunistischen Jugendverbandes ausgegangen war. In der Feier gedachte Genosse B. unserer gemeuchelten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als der Klügsten und Erfahrensten der deutschen Arbeiterklasse. Genosse Gr. skizzierte in kurzen Umrissen die Wesenszüge der Lehren von Karl Marx und Lenin und zeigte den Jugendgenossen, wie man tägliche Kleinarbeit mit der Aneignung theoretischen Wissens verbinden müsse. Wenn wir die Avantgarde des Proletariats sind, müssen wir die Klügsten und Sichersten und die politisch Aktivsten in der Arbeiterbewegung werden. Die Feier schloß mit dem Gesang der „Internationale".

Wir hoffen, daß die Bezirksschule die Hoffnungen erfüllt, die an sie gestellt werden: Das aus ihr ein Kern und ein Stamm tüchtiger junger Kommunisten hervorgeht, die willens- und fähig sind, dem Kommunismus, der kommunistischen Jugend und später der Kommunistischen Partei zu dienen.

Betriebsräte! Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Mittwoch, dem 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark", Burgstraße, eine Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre statt, in der Genosse Rechtsanwalt Fraenkel von der Metallarbeiterschule in Dürrenberg über

das Arbeitsgerichtsgesetz

sprechen wird. Zugleich werden in dieser Versammlung die Vorbereitungen für die Betriebsrätewahlen getroffen. Alle Betriebsräte, alle Gewerkschaftsfunktionäre müssen erscheinen.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes.
gez.: Sorgenfrei.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. gez. Ferchlandt.

Generalversammlung des Arbeiter-Sängerchors

Am Freitag, dem 14. Januar, hielt der Arbeiter-Sängerchor Halle seine fällige Jahres-Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war, den Arbeiten des verflossenen Jahres entsprechend, eine reichhaltige. Genosse Mäder, der 1. Vorsitzende, eröffnete die Versammlung und gab den Geschäftsbericht. Zu Ehren der verstorbenen Mitglieder erhoben sich die Sangesbrüder von ihren Plätzen. Der Chor, der sich zum Ziele gesetzt hat, die revolutionäre Arbeiterschaft bei ihren Veranstaltungen zu unterstützen, ist auch in diesem Jahre diesen Anforderungen gerecht geworden. Die Mitgliederzahl beträgt 183 aktive und 78 passive Sangesbrüder, eine Gesamtzahl von 261 Mitgliedern. Mit der Aufforderung, für den Chor weiterhin zu wirken und zu arbeiten im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung schloß Sangesbruder Mäder seine Ausführungen. Der Kassenbericht ergab, daß die finanzielle Grundlage unserer hallschen Arbeiter-Sänger eine gesunde ist. Von einem Bericht über die Bezirkstagung in Können wurde Abstand genommen, da dieser bereits in der Presse veröffentlicht worden ist. Eine scharfe Kritik der Sangesbrüder setzte jedoch ein wegen unobjektiver Berichterstattung des „Volksblatt". Der Versuch verschiedener Leutchen, auch in der Arbeiter-Sängerbewegung, ähnlich wie beim hallschen Sportkartell, Spaltung zu betreiben, soll ihnen jedoch nicht gelingen. Es wurden dann in großen Zügen die Veranstaltungen dieses Jahres festgelegt. Hervorzuheben ist dabei die Mitwirkung an der LLL.-Feier der KPD. Ferner die Konzertreise Osten nach Reichenbach und Plauen im Vogtlande. Der Chor, der in diesem Jahre sein 20jähriges Bestehen feiert, wird anläßlich dieses Geschehens besondere Veranstaltungen dazu treffen. Zur Vorstandswahl wurde dem alten Vorstande einstimmig das Vertrauen ausgesprochen, so daß dieser zum Wohle und Gedeihen des Chores seine Arbeit auch in diesem Jahre fortsetzen kann. **Dem Rufe Sowjet-Rußlands, zur internationalen Arbeiter-Spartakiade Delegationen nach dort zu entsenden, ist der Chor durch die Wahl eines Delegierten nachgekommen.** Von der Gründung eines Volkschores muß vorläufig Abstand genommen werden, da in Halle die Verhältnisse dazu noch nicht vorhanden sind.

Mit dem Gesang verschiedener Kampfeslieder wurde die arbeitsreiche und gut besuchte Versammlung geschlossen. Pflicht eines jeden Arbeiters muß es aber sein, die bürgerlichen Gesangvereine zu verlassen und dorthin zu kommen, wo seine sangesfreudigen Arbeitsbrüder sich organisiert haben, im Arbeiter-Sängerchor Halle.

A. K.

Hallische Tageschronik

Der Vorbereitungsunterricht beginnt heute, Montag, nachmittags 5 Uhr, für die Kinder des Nordteiles der Stadt Halle im „Volkspark" und für die des Südens in der Produktiv-Genossenschaft. Die Grenzlinie ist: Alte Promenade, Post, Steinstraße, Roßplatz. Es finden zunächst noch Dienstag und Mittwoch Unterrichtsstunden statt. Für Sonnabends ist geplant, schon zu nachmittags 4 Uhr für die auswärtigen Kinder den Unterricht in obigen Lokalen abzuhalten. Jedes Kind hat wöchentlich nur eine Unterrichtsstunde, es muß sich also seinen Unterrichtstag unter den oben benannten selbst aussuchen. Kommt aber möglichst an den ersten Tagen der Woche!

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes sind in den hiesigen Gast- und Logierhäusern im Dezember 1926 4295 männliche und 986 weibliche, zusammen 5281 Fremde abgestiegen. Darunter befanden sich 96 Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten, und zwar 95 männliche und eine weibliche mit fremder Staatsangehörigkeit. Im Dezember 1925 waren es 3449 männliche und 867 weibliche, zusammen 4316 Fremde, im Dezember 1913 5919 männliche und 915 weibliche, zusammen 6834 Fremde.

Schlägereien. Am 16. Januar gegen 10.45 Uhr nachmittags entstand in einem Restaurant am Kaulenberg zwischen zwei Personen eine Schlägerei, in deren Verlauf einer der Beteiligten am Kopfe verhelblich verletzt wurde. Er wurde mit dem Krankenwagen einem Krankenhause zugeführt. — Am 16. Januar gegen 11 Uhr nachmittags wurden vor dem Restaurant „Weinberg" vier Personen von drei Männern angeblich ohne Grund mit einem harten Gegenstand ins Gesicht geschlagen und verletzt. Einem der Verletzten mußte in einem Krankenhause ein Notverband angelegt werden. Gegen die Täter ist Anzeige erstattet.

Feuer. Am 16. Januar gegen 8.10 Uhr vormittags wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück am Kl. Sandberg gerufen, wo in der Werkstatt eines Buchbinders, angeblich durch Unvorsichtigkeit eines Lehrlings, ein Tisch und ein Stoß Bücher in Brand geraten waren. Nach kurzer Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt. Personen wurden nicht verletzt.

Wie die gewerblichen Mieter sich selbst schädigen

Sonderorganisation statt Zusammenschluß mit der gesamten Mieterschaft — „Nicht Kampf, sondern Befriedung" — Wirkliche Hilfe wird von sachsistischer Führerschaft abgewiesen

Gestern fand im „Neumarktschützenhause" eine vom Verein „Mieterschutz für Handel und Gewerbe" einberufene Versammlung statt, die mäßig besucht war. Der Vorsitzende, Herr Kattner (Firma Clara Leistner), beschwerte sich bitter, daß die Lauheit der gewerblichen Mieter an der Verordnung des Volkswohlfahrtsministers vom 11. November 1926, welche den Kündigungsschutz für gewerbliche Mietsräume aufhebt, schuld sei. Die Verordnung sei „ein Kabinettstück neudeutscher Regierungskunst". Der Verein wolle aber nur rein wirtschaftliche Interessen vertreten. Er lehne es aber ab, jede Versammlung zu einem „politischen Diskussionsklub" zu machen, desgleichen lehnte Herr Kattner auch jede „Geisteretserei" ab. Den Volkswohlfahrtsminister bezeichnete er als einen Menschen ohne Lebenstemnius und Lebenspraxis. Seine Verordnung bedeute ein glattes „Umlegen" von gewerblichen Existenzen. **Die Hausbesitzer nützen die Zwangslage der Mieter aus, Steigerungen von mehreren 100 Prozent seien an der Tagesordnung.** Nach Herrn Kattner gibt es aber „seriöse" und „vernunftmäßige" Hausbesitzer, die sich mit 20 Prozent Aufschlag begnügen! Das wolle er auch bewilligen, aber dann kämen die Hausbesitzer doch mit weiteren Forderungen. Dann schimpfte Herr Kattner über die Gewerbe- und Handelskammer, die sich als Interessenvertreter der Hausbesitzer betätigt hätten. Herr Kattner jammerte:

„Wir wollen nicht Kampf, nicht Hetze, sondern Befriedung und Verständigung. Wir präsentieren das zuverlässige Bürgertum, die Regierung will uns nur die Liebe zu Volk und Vaterland nehmen."

Dem Minister will Herr Kattner dann ordentlich Bescheid sagen, damit er seine Verordnung zurücknimmt. Der zweistündigen zusammenhanglosen „Rede" des Herrn Kattner folgte eine sachtundige Erklärung des Stadtrates Manthey (Naumburg), welcher die Sonderorganisation des Herrn Kattner ablehnte und den

Anschluß an die Organisation des Reichsbundes deutscher Mieter empfahl,

die eine Sektion der Kleingewerbemieter eingerichtet hat. Dasselbe tat Genosse Hopf, welcher die Schädlichkeit solcher Organisationsexperimente treffend darlegte. Genosse Günther zeigte an den jüngsten Vorgängen in der hallschen Stadtverordnetenversammlung, daß gerade die bürgerlichen Freunde des Referenten unsere Bemühungen zur Beseitigung der Novemberverordnung vereitelt hätten. Er wies darauhin, daß es der Regierung darauf ankäme, die Lasten der heutigen kapitalistischen Wirtschaft zugunsten der großen Wirtschaftsunternehmungen auf die kleinen Gewerbetreibenden, Geschäftsleute, Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Genosse Günther erntete starken Beifall. Eine von ihm eingereichte Resolution an die Stadtverordnetenversammlung und den Volkswohlfahrtsminister, welche die Beseitigung der Verordnung fordert, brachte Herr Kattner nicht zur Abstimmung, da es nach seiner Meinung eine „Ungehörigkeit" sei, als Gast überhaupt eine Resolution einzubringen, und so schloß er kurzerhand die Versammlung.

Die Gewerbetreibenden werden mit ihrer neuen Organisation und ihrem friedliebenden Führer große Erfolge erringen. Herrn Kattners Vortrag war nur so gespickt mit völkischen Kraftausdrücken, verziert mit friederizianischer Lyrik. Da wird Herr Hirtsiefer aber vor Schreck erbleichen, wenn Herr Kattner mit seinen Mannen in Berlin eintrifft!

Arbeiter und „Eigene Scholle"

(Arbeiterkorrespondenz)

In Halle ist alles tolle, und wer ein Häuschen haben will, geht auf die Eigene Scholle. Das ist eine Methode, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

Was begeht der Arbeiter, der doch so handelt? Er begeht Raubbau an seinem eigenen Körper zu Nutzen des kapitalistischen Staates, denn er nimmt somit dem Staat die Arbeit ab, welche dieser zum Wohle der Volksgesundheit eigentlich ausführen müßte.

Arbeiter, bedenke, Dein Körper verlangt nach im Hochstalle acht Stunden Arbeit acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf. Beteiligst Du Dich an so einem Unternehmen, so mußt Du erstens 25 Mk. bezahlen dafür, daß Du arbeiten darfst, dann 200 Mk. Baukostenzuschuß in Raten von 10 Mk. monatlich und über 3000 Stunden Arbeit müssen neben Deiner beruflichen Arbeit geleistet werden, wo Du schon am Tage acht bis zehn Stunden schuften mußt. Wenn es Dir dann vergönnt ist, in diese Wohnung einzuziehen, müssen noch 30 bis 35 Mk. Miete pro Monat gezahlt werden.

Arbeiter, wach auf, kämpfe mit Deinen anderen Arbeitskollegen daraus, daß solche Methoden fortfallen und daß Staat und Gemeinde für jeden Staatsbürger annehmbare Wohnungsverhältnisse schaffen (was im bürgerlichen Staat freilich nie geschehen wird). Dann brauchst Du Dir nicht Dein Leben auf der „Eigenen Scholle" zu verkürzen.

Dein eigen ist das Haus übrigens noch lange nicht, denn der Grund und Boden gehört nicht Dir.

*

Ich will noch kurz die Arbeitszeit eines solchen Schollenmannes zum besten geben: Früh 6 Uhr zur Arbeit fürs Kapital. Schluß 4½ Uhr. 5½ Uhr geht es nach der „Eigenen Scholle", bis 9 Uhr, dann mit müden und kaputten Gliedern nach Hause ins Bett, und so jeden Tag, Sonntag wie Wochentag; ein solcher Arbeiter wird sich nie für die ihn angehenden Tagesfragen interessieren.

Arbeiter, nennst Du das noch ein Leben? Meiner Ansicht nach sind wir nicht zur Welt gekommen, um zu schuften, wie es hier geschildert ist und uns dadurch frühzeitig dem Tode zu nähern zugunsten des Staates. Mit dieser Methode hinterlaßt Ihr Euren Nachkommen ein Erbe, das Ihr nicht verantworten könnt, und es wird ihnen noch ein schwereres Los beschieden sein, wie Euch jetzt selbst, wenn Ihr nicht versteht, wirklich für das Wohl Eurer Nachkommen zu kämpfen.

Ein ehemaliger Schollenproletc.

Lenin
Liebknecht
Luxemburg
Gedenkfeier der KPD

Am Freitag, dem 21 Januar 1927, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark", Burgstraße 27

Rede: Georg Schumann / Berlin

Orchesterleitung
Musikdirektor Gustav Schütze / Leipzig

Gesang
Arbeiter-Sängerchor Halle

Rote Tänze
Ruth Abramowitz / Stadttheater Essen

Sprechchor / Rezitationen

Agitprop-Abteilung der KPD. Halle-Merseburg.

Karten im Vorverkauf 60 Pf. An der Abendkasse 80 Pf. Der Vorverkauf findet statt durch alle Funktionäre der KPD. und des RFB., in der Volks- und Bezirksbuchhandlung. In den Buchhandlungen erhalten Erwerbslose für sich und direkte Angehörige Vorzugskarten zum Preise von 30 Pf. Benutzt den Vorverkauf!

Ein Gespräch

15. Januar abends gegen 11 Uhr. Vor dem Walhalla. Ein Menschenstrom quillt aus dem Eingang zur Galerie. Man lacht und bespricht mit Freude den neuen Spielplan. Ich komme vorbei. „Rot Front, Karl!" „Rot Front!" „Haben wir uns amüsiert!" Wir gehen ein Stück Weg zusammen. Ich sage so nebenbei: „Am 21. ist LLL-Feier. Ich hab' schon zwölf Karten verkauft." „Mensch die sind viel zu teuer! Wie kann die Partei 60 Pf. Eintritt nehmen!?" „Was hast Du im Walhalla bezahlt?" „60 Pf. für einen Stehplatz auf der Galerie!" „Und das ist die billigste Unterhaltung, die es in Halle gibt! Kinos, Stadttheater usw. sind viel teurer. Die Partei will bestimmt kein Geschäft machen — aber eine gute Veranstaltung soll er werden. Denke an Saalmiete, Dekoration, Musik usw. Und noch ein offenes Wort: für jeden Tanzabend werden gern 50 Pf. für den Eintritt und 50 Pf. für das Tanzband bezahlt. Das sind 1,30 Mk. — woju noch die Zeche kommt. Zur LLL-Feier ist der Bierausschank verboten . . ." „Du hast recht, wenn ich mir die Sache überlege, sind 60 Pf. für den Eintritt zur LLL-Feier nicht zu viel. Gib mir gleich zwei Karten — und noch eine für meinen sozialdemokratischen Arbeitskollegen."

Sprechchorprobe. Heute abend pünktlich 8 Uhr im „Volkspark". Die einzelnen Sprecher erscheinen schon 7½8 Uhr. Wir erwarten restlose Beteiligung, denn nur dann kann unsere Arbeit gelingen, wenn wir regelmäßig an den Proben teilnehmen.

Arbeiter-Fotografenvereinigung Halle. Morgen, Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, Zusammenkunft.

Ammendorf

Gemeindevertreterbericht von der Sitzung am 13. Januar 1927. Zu Punkt: „Geschäftliche Mitteilungen" gibt der Gemeindevorsteher bekannt, daß in Ammendorf andere polizeiliche Verhältnisse eingetreten sind. **Die Polizei ist verstaatlicht, das Polizeiaufgebot verstärkt.** Als kommunale Polizei bleibt noch übrig: Wohlfahrts-, Gesundheits-, Baupolizei usw. Die bisherige Polizei, ein Kommando von 20 Mann, hat der Gemeinde einen Kostenaufwand von 8000 Mk. pro Jahr verursacht. Die Kosten der jetzigen staatlichen Polizei regeln sich nach den staatlichen Sätzen: Die KPD.-Fraktion nimmt zu dieser Angelegenheit Stellung und weist darauf hin, wie unnütz hier die Gelder verwendet wurden, wo so manche Not in der Gemeinde unter den armen Leuten behoben werden könnte. Das jetzige Polizeiaufgebot stellt sich, einschließlich der Kriminalpolizei, auf ungefähr 30 bis 35 Mann. Demnach reichen fernerhin die 8000 Mk. nicht mehr aus. So sieht die Sparsamkeit der Gemeinden aus, die immer von den Regierungsstellen gefordert wird. Wir werden noch Gelegenheit bekommen, in späteren Sitzungen eingehender darüber sprechen zu können.

Es vergeht fast keine Sitzung, wo nicht Beschwerden über Lehrer geführt werden. So wurde von einem Vertreter darauf hingewiesen, daß als Ersatz für Turnstunde Spaziergänge in Dreck und Regenwetter gemacht werden, die Kinder aber, in Ermangelung von Schuhwerk oder ganzem Schuhwerk, davon nichts wissen wollen. Nun sollten die Kinder bei solchen „Spaziergängen" auch noch singen, und weil sie diesen Befehl des Lehrers nicht ausführten, mußte auf dem Schulhofe nachexerziert werden, und die Kinder mußten eine Viertelstunde Kniebeuge machen. Dem Volksschulrektor und Gemeindevertreter Baege gefallen solche Beschwerden nicht, wenn sie in der Vertretersitzung vorgebracht werden, und er schimpft deshalb immer, weil die Beschwerden nicht an die richtige Stelle gerichtet würden. Nun, wir werden es trotzdem weiter öffentlich brandmarken, denn die Oeffentlichkeit hat auch ein Interesse daran, zu hören, wie verschiedene Untersuchungen seitens des Schulstatus verlaufen sind. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, daß, wenn wir alle Beschwerden über verschiedene Lehrer von Ammendorf oder auch über Herrn Sammler von der Berufsschule einmal veröffentlichen, uns der „Klassenkampf" eine ganze Seite zur Verfügung stellen muß. Schlimmer als zur wilhelminischen Zeit hagelt es jetzt Strafmandate, und wie oft irrt sich der Herr Sammler dabei. Doch davon später. Schaffung einer Turnhalle, darüber war sich endlich mal die gesamte Vertretung einig. Hoffentlich fallen die Blockbrüder nicht wieder um.

Die Landwirte wollen ihre Entschädigung für die Jagdbenutzung haben. Die Jagdpacht ist aber von den Pächtern noch nicht bezahlt; deshalb kann auch der Gemeindevorsteher an die Interessenten noch nichts auszahlen. Warum pfändet man hier denn die Hasen nicht? Die neuerbauten Häuser auf der Silberhöhe sind fertig und werden jetzt bezogen. Es sind schöne Wohnungen, aber für die Arbeiter be den niedrigen Löhnen sind die Mieten kaum aufzubringen. Die Wohnungskommission, bestehend aus 16 Mitgliedern, wurde auf ein Jahr neu gewählt. Die Jagdsteuerordnung wurde genehmigt. Dazu stellen unsere Genossen den Antrag, von der Regierung zu verlangen, daß die Bestimmung geändert wird, wonach die Gemeinden nicht mehr wie 15 Prozent erheben dürfen. Unsere Genossen beantragen 50 Prozent. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Für die Mittelschule, welche jetzt von der Regierungsstelle als solche anerkannt ist, wird eine technische Lehrerinnenstelle geschaffen. In einer der nächsten Sitzungen soll der diesjährige Bauplan vorgelegt werden zur Errichtung weiterer Wohnungen. Der Spar- und Baugenossenschaft wird Baugelände am Mühlberg zum Preise von 2 Mk. pro Quadrameter überlassen. Es handelt sich um 2500 Quadratmeter. Darauf geschlossene Sitzung.

Holleben

Oeffentliche Versammlung. Am Sonntag, 23. Jan., findet in Holleben eine Versammlung der KPD. statt, in der ein hallischer Genosse über die weltpolitische Lage spricht. Arbeiter von Holleben, Schlettau und Beuchlitz, kommt alle zur Versammlung und tretet in die Kommunistische Partei ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0005

Kreistag des Mansfelder Gebirgskreises

Am 10. ds. Mts. tagte zum erstenmal in diesem Jahre der Kreistag. Eine reichhaltige Tagesordnung von 18 Punkten wurde in der Zeit von 9,30 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags bewältigt.

Der Landrat Becker eröffnete den Kreistag.

Punkt 1: Antrag der Fraktion der KPD. des Kreistags:

„Der Kreistag wolle beschließen:

Allen Empfängern von Sozial-, Klein-, Armen- und Kriegsrente, sowie den Fürsorgeberechtigten und Erwerbslosen des Mansfelder Gebirgskreises wird eine Beihilfe zur Beschaffung des Winterbedarfs aus Kreismitteln bewilligt.

Verheiratete bis zu 2 Kindern 30,— Mark, Verheiratete mit mehr als 2 Kindern 40,— Mark, Ledige 20,— Mark."

Der Genosse Weber begründete den Antrag sehr eingehend und ersuchte um Zustimmung.

Der Landrat erklärte, daß es nach dem Gesetz nicht zulässig wäre, Unterstützungen in der beantragten Form zu gewähren.

Nun entspann sich eine rege Debatte. Der Abg. Schmidt-Welbsleben (Bürgerl.), Vorsitzender des Landbundes, Vertreter der Großagrarier, meinte, es wäre wohl Arbeit genug vorhanden in der Landwirtschaft, aber die Erwerbslosen wollten eben in der Landwirtschaft nicht arbeiten. Er müßte wohl, daß die Not groß wäre, aber daß es so schlimm sei, daß die Leute kein Brot hätten, das sei übertrieben, da doch die Unterstützungssätze ziemlich hoch zur Auszahlung gebracht würden. Man sollte sich mal die Landwirtschaft ansehen, die müßte doch vollständig zugrunde gehen. „wenn es so weiterginge mit dem Bewilligen von Unterstützungen, wie es die KPD. verlangte". Es würden in der nächsten Zeit wieder

250 Pfändungen in der Landwirtschaft

(aber nicht bei Großagrariern! D. B.) vollzogen werden müssen, weil diese Landwirte nicht in der Lage sind, ihre Steuern zu bezahlen. Daran sei nur die KPD. und SPD. schuld, weil sie nicht der Schutzzollvorlage zugestimmt haben. Dieser junge Mann bekam schon so viel durch Zwischenrufe der Linken zu hören, daß er bald nicht mehr wußte, was er sagen sollte.

Genosse Köhler sagte diesem Vertreter der Großagrarier in klaren und scharfen Worten, daß nicht die Armen und Erwerbslosen daran schuld seien, sondern die Großagrarier und Großindustriellen durch die niedrigen Löhne, die sie zahlen, und durch die unwürdige Behandlung der Arbeiter. Teilweise werden doch

die Arbeiter schlechter als Sklaven behandelt.

Abg. Eckardt (SPD.) hielt dem Schmidt entgegen, die Herren Landwirte sollten nur nicht solch große Jagdessen veranstalten. Solch Essen kostet mehr, als ein Erwerbsloser an Unterstützung bekommt.

Machatscheck (SPD.) stellte folgenden Abänderungsantrag:

„Den Empfängern von Sozial-, Klein-, Armen- und Kriegsrenten sowie den Fürsorgeberechtigten und Erwerbslosen des Mansfelder Gebirgskreises wird auf Grund von Einzelanträgen eine Beihilfe zur Beschafung des Winterbedarfs aus Kreismitteln gewährt. Die Festsetzung der Unterstützungsbeträge erfolgt durch den Kreisausschuß."

Dieser Antrag wurde einstimmig, bei einer Enthaltung (Wasservogt, Mansfeld) angenommen.

Punkt 2: Antrag der KPD. im Preußischen Landtag, Nr. 4170:

Abg. Genossin Römer (KL-Mansfeld) begründete diesen Antrag ausführlich, indem sie es verstand, an Hand von praktischen Beweisen

das Elend im Mansfelder Lande

zu schildern. Den Ausführungen der Genossin Römer wurde im allgemeinen von allen Abgeordneten zugestimmt.

Der Landrat erklärte „fast alles" für richtig, bemängelte aber, daß einzelne Angaben in dem Antrag übertrieben (?) wären. Er gab selbst zu, daß die Verhältnisse im großen und ganzen in Wirklichkeit so aussehen.

An der Debatte beteiligten sich noch der Abg. Weber (KPD.) und Schmidt (Bürgl.). Nachdem wurde folgende Resolution vom Landrat zur Abstimmung gebracht:

„Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich, wenn nötig durch Verfügungen beim Reiche, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um — — — Nun folgen die sieben Punkte des Antrages Nr. 4170, ohne den Satz in Punkt 7, der da lautet: die auch stark genug sind, die auf Steuerbetrug und Lohndruck abzielende Diktatur der Mansfeld A.-G. zu überwinden."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, nur ein einstmaliger Arbeitervertreter, Dittmann, Großörner, stimmte dagegen.

Punkt 10 wird nun erst vor Punkt 3 verhandelt.

Wiederinbetriebsetzung der elektrischen Kleinbahn im Bergrevier.

Der Landrat gab kurz einen Bericht über die Verhandlungen in dieser Angelegenheit mit den Regierungsstellen.

Abg. Römmermann (Dem.) brachte an Hand von wichtigem Material den Beweis, daß es sehr gut möglich ist, die Bahn in Betrieb zu nehmen, und zwar durch die Grunddörfer. Er forderte alle Abgeordneten auf, festzuhalten an der alten Forderung, bevor uns nicht die Ejag und der Regierungspräsident Vorteile von der Verlegung der Strecke aufweisen. Ihm schlossen sich fast alle Abgeordneten an

Machatscheck (SPD.) ging auf diese ganze Angelegenheit näher ein und mußte wohl oder übel seinem guten Parteifreund Grützner die bittersten Vorwürfe machen. Es sah bald so aus, als wollte er sagen, das ist kein Sozialdemokrat. Da mit einem Male kam etwas anderes, er stellte folgenden Antrag:

„Die Verpflichtungen auch für den Fall anzuerkennen, daß die Kleinbahn von Helbra über Kochhütte, Diebeskammer, Erholung, Creisfeld in Betrieb genommen wird, unter der Voraussetzung, daß der augenblicklich liegende Bahnkörper über Erholung, Creisfeld, Ahlsdorf, Ziegelrode, Helbra unangetastet bleibt."

Abg. Genosse Weber stellte den Antrag, Verpflichtungen nur dann zu übernehmen, wenn die Bahnstrecke durch die Grunddörfer führt.

Die Abstimmung ergab: für Antrag Machatscheck 14 gegen 10 Stimmen, für Antrag Weber 10 gegen 12 Stimmen. Die Ja-Stimmen sind 7 KPD.-, 2 Dem.- und 1 SPD.-Stimme.

Punkt 3. Dieser Punkt enthielt einen Antrag der KPD.-Fraktion auf **Erhöhung aller Renten.** Abg. Genosse Elster, Thondorf, begründete diesen Antrag als Rentner an Hand von Material. Der Landrat spricht sich gegen eine Erhöhung aus. Diese Ausgaben könnte der Kreis nicht tragen, weil „kein Geld da wäre". Er machte ferner den Vorschlag, den Antrag zu ttennen. Dem wurde von der KPD.-Fraktion nicht stattgegeben.

Machatscheck stellte folgenden Antrag:

„Der Kreistag beauftragt den Landrat, beim Bezirksfürsorgeverband die Anberaumung einer Sitzung zwecks Aenderung der Richtsätze für die Unterstützung aller Hilfsbedürftigen zu beantragen."

Der Antrag der Fraktion wurde abgelehnt gegen die 7 Stimmen der KPD. Der Antrag Machatscheck wurde angenommen mit 14 Stimmen gegen die gesamte Rechte.

Punkt 4, Antrag der SPD., wird zurückgezogen, weil schon erledigt. Punkt 5, Antrag der SPD. betr. Straßenbau und Aufnahme einer Anleihe dazu. Die Anleihe ist bereits schon vom Kreisausschuß bewilligt worden in Höhe von 110 000 Mark vom Giro-Verband. Welche Straßen in Frage kommen, darüber wird noch später beschlossen

Die Punkte 6 bis 9 wurden ohne Debatte erledigt.

Punkt 11: Bericht über das Siedlungswesen 1926. Der Landrat gab einen klaren Bericht in dieser Angelegenheit. Eine große Debatte wurde nicht geführt.

Die KPD.-Fraktion beantragte hierzu:

„Der Landrat wird beauftragt, in der Sitzung des Aufsichtsrats der Siedlungsgesellschaft darauf hinzuwirken, daß die Siedlungsgesellschaft Bauten nicht mehr in eigener Regie ausführen dürfe."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Punkte 12 bis 17 wurden ebenfalls ohne große Debatten verabschiedet und ihnen zugestimmt.

Punkt 18: Verschiedenes. Der Abg. Dittmann fragte den Landrat, ob es nicht einen Schutz für die Kreistagsabgeordneten gäbe — vor Angriffen in den Zeitungen durch die Redakteure. Hierüber erhob sich allgemeine Heiterkeit. Herr Dittmann scheint allerhand Angst vor der Oeffentlichkeit zu haben. Woher mag die kommen? Wer ihn kennt, wird sich einen Vers darauf machen können.

Die Verhandlungen offenbarten die ganze Trostlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft besonders typisch an unserem Antrag im Preußischen Landtag Nr 4170. Die Arbeiterklasse muß auch aus diesen Verhandlungen erkennen, daß es nicht nur gilt, Stimmzettel in die Wahlurnen zu werfen, sondern daß in der Hauptsache der außenparlamentarische Kampf der Kampf in Betrieb und Werkstatt, auf der Straße, mit den freien Gewerkschaften und unter politischer Führung durch die Kommunisten viel wichtiger ist. Erst der äußere Druck der Massen kann diese bürgerlichen Parlamente zu Zugeständnissen bewegen.

Aus dem Piesteritzer Rathaus!

Die erste Sitzung der Gemeindevertretung im neuen Jahr nahm einen zum Teil humoristischen und auch sehr ernsten Verlauf. Trotzdem nur acht Punkte auf der Tagesordnung standen, dehnte sich die Sitzung von 6 bis ½11 Uhr aus. Wenn aber Kollege Girok von der Bürgerfraktion früher zu seinem Schoppen Bier kommen will, dann braucht er sich nur ein wenig parlamentarischer zu verhalten. Im übrigen sei noch festgestellt, daß die Zuhörer lebhaften Anteil nahmen an der Verhandlung.

Punkt 1 betraf die **Neuwahl eines Schiedsmann-Stellvertreters.** Auf Vorschlag wurde Schöffe Kasper gewählt. Girok fragte, was der Posten einbringt. Darauf erhielt er vom Gemeindevorsteher die Antwort, daß er den Posten ja machen könnte, was Girok aber ablehnte.

Punkt 2, Erlaß einer neuen **Lustbarkeitssteuerordnung** nach der Reichsmusterordnung, wird nach längerer Debatte auf Antrag der KPD.-Fraktion zurückgestellt. Es sollen den einzelnen Fraktionen Abschriften zugestellt werden, damit diese die neue Ordnung in Ruhe durcharbeiten können. Dem wird auch zugestimmt.

Punkt 3, Erlaß einer neuen **Ortssatzung,** betr. die Erhebung von Schulgeldern und Schulbeiträgen für die gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschule in Piesteritz, löste eine sehr starke Diskussion aus. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal, was die Industrie für die Fortbildung der Jugend, besonders der weiblichen, übrig hat. Dir. Trumpf glaubte aus der Tatsache, daß Städte wie Essen (das Kruppsche Paradies) oder Berlin noch keine Fortbildungsschule haben, die Folgerung herleiten zu können, daß wir dann in Piesteritz auch keine brauchen. Er hatte nur vergessen, zu sagen, daß er damit einer ganz bewußten Rückschrittlichkeit das Wort geredet habe. Denn wenn das Reich nichts tut und die größeren Städte auch nichts, so bedeutet doch das nicht, daß nun Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit ebenfalls so reaktionär und rückschrittlich zu sein brauchen wie das Essen Krupps, das wohl Geld habe für Verdummungszwecke, aber nichts für die Fortbildung der Jugend beiderlei Geschlechts, wie Genosse Engel so treffend ausführte. Genosse Bode sagte Herrn Trumpf noch bittere Wahrheiten. Gerade in den bürgerlichen Zeitungen wird so viel geschrieben über die Verwahrlosung und den mangelhaften Bildungsgrad der Jugend. Natürlich habe die Industrie kein Interesse daran, schlaue und besonders kluge junge Arbeiter zu bekommen, denn die Lasten sind nicht so leicht ausbeuten. Aber die Arbeiterklasse habe Interesse daran, eine gut ausgebildete Jugend zu haben, denn diese sollen dann, wenn die Arbeiterklasse das Heft in der Hand hat, die Führung übernehmen.

Man kommt dann auf

die Entlassung von Dienstmädchen

zu sprechen wegen des Besuches der Fortbildungsschule. Hier macht Direktor Trumpf den Zuruf, daß nur die „armen Dienstmädchen" den Schaden hätten von der Schule. Er wird von dem Genossen Engel auf die ungeheuren Entlassungen durch die Rationalisierung hingewiesen. Dabei zeige sich kein Mitleid. Da im weiteren Verlauf der Debatte auch

der Lehrerabbau

angeschnitten wird, führt der Gemeindevorsteher aus, daß P. auch Lehrer hätte abbauen müssen. Es sei jedenfalls gut, daß wir es nicht getan haben. Die Kinder und die Lehrer — mit einigen Ausnahmen — erkennen das auch an. Genosse Hilgers zeigte an einem sehr treffenden Beispiel daß Dienstmädchen durch Entlassung seitens der „Herrschaften" der Prostitution in die Arme getrieben werden. (Den Zwischenruf Giroks „Da ist die Schule schuld" hängen wir nur tiefer.) Durch dieses Beispiel zeigt sich so recht die äußerst reaktionäre Einstellung der bürgerlichen Herrschaften. Nach Schluß der langen Aussprache wurde die Ortssatzung angenommen.

Punkt 4, Regelung der Entschädigung für den Hausmann des Rathauses, findet glatte Erledigung.

Punkt 5, Aufstellung eines **Projektes für die Kanalisationsanlage,** verursacht wieder eine längere Debatte darüber, ob es nicht angängig wäre, der Kostenersparnis halber gleich Wasserleitung und Kanalisation zusammen zu legen. Besonders Genosse Hilgers vertrat diesen Standpunkt. Der Gemeindevorsteher führt aus, daß beide Sachen so zirka 1 Million Mark kosten würden. Das wäre wohl doch ein bißchen zu viel. Daraus würde wohl, so gut es an sich wäre, vorläufig nichts werden. Bei dieser Gelegenheit versuchte man unserem Genossen Hilgers etwas anzuhängen, was nicht ganz stimmte. Es handelte sich um die Etatberatung. Mit den Werken wollte man einen längeren Steuervergleich abschließen, während man den kleinen Gewerbetreibenden die Steuern erhöhen wollte. Das wurde von der kommunistischen Fraktion abgelehnt. So liegen die Dinge und nicht anders. In Piesteritz ist selbstverständlich

eine Wasserleitung das Dringendste,

aber Kanalisation und Wohnungen sind auch notwendig. Es ist eben ein Skandal, daß das Reich eine ganze Reihe von Aufgaben einfach den Gemeinden aufbürdet. — Die Kosten für das Projekt in Höhe von zirka 6000 Mark wurden bewilligt.

Dann folgten noch eine Reihe von Punkten, wie Ausbau einer Wohnung, Verbesserung der Volksbibliothek usw. Die Bibliothek befindet sich jetzt im Rathaus. Es wurde Klage geführt, daß die Leser die Bücher nicht immer sauber behandeln. Das muß in Zukunft unbedingt besser werden. Wegen Neuanschaffung von Büchern soll die Bibliothekskommission zusammentreten. Gemeindevorsteher Kuntz gibt noch bekannt, daß die Periode für die Schuldeputation abgelaufen ist und in der nächsten Sitzung Neuwahl stattfindet. Die Genossen Gollmann und Bode bringen noch

die Sportplatzfrage

aufs Tapez. Da die Sportler bald einen Anfang sehen wollen, so ersucht Genosse Bode um eine bestimmte Antwort. (Der Gemeindevorsteher lehnt das ab, da er dazu nicht verpflichtet sei!!) Es müsse wenigens der Anfang gemacht werden. Die Sportler können auf dem alten Platz keinen gesunden Sport treiben. Gemeindevorsteher Kuntz sagt: Versprechungen bestimmter Art kann ich nicht machen, da die Sache mit dem Gelände noch nicht endgültig geregelt ist, desgleichen auch die Geschichte mit dem hallischen Fleischermeister, der jetzt das Grundstück verkaufen will. Sobald die Dinge geregelt sind, soll mit dem Bau begonnen werden. (Nun, die Sportler werden Sie beim Wort nehmen, Herr Gemeindevorsteher!) Hoffen wir also das Beste!

Zum Schluß gab es noch eine kleine Sensation

Genosse Bode fragte an, ob es zutrifft, daß die Gemeindebeamten und Angestellten von der „Stickstoff" Weihnachtsgratifikationen erhalten haben. Gemeindevorsteher Kuntz muß das bestätigen. Es haben alle Geld erhalten in Höhe von 15 bis 50 Mark mit Ausnahme seiner Person und der Polizisten, die es aber in früheren Jahren auch erhalten haben. Daraufhin beantragte Genosse Hilgers eine Vertagung, damit sie zu dieser Frage Stellung nehmen könnten. Dem wird auch zugestimmt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Genosse Bode im Auftrage der KPD. und der SPD. die Erklärung ab, daß eine sozialistische Gemeinde nicht zulassen könne, daß ihre Angestellten usw.

von der Industrie Geschenke erhalten,

wo diese zu gleicher Zeit trotz des Festes der Liebe Entlassungen über Entlassungen vornehme Wir beantragen deshalb, daß die Angestellten usw. keine Geschenke mehr in Empfang nehmen dürfen. (Herr Trumpf sollte Antwort geben über die Benennung und den Zweck der Gelder; er zieht es aber vor, zu schweigen. Trumpi sagt nur, das sei alter Brauch seit 1918.) Herr Kuntz sagt noch, das sei doch nichts Neues, er wundere sich, daß die Sache erst heute angeschnitten wird. Er habe von Anfang an erklärt, daß wenn schon etwas gegeben würde, es alle erhalten. Mit Ausnahme eines Angestellten haben auch alle das Geld angenommen. Er habe aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß es dadurch keine Bevorzugung der „Stickstoff" geben könnte. Die Dinge mögen sein, wie sie wollen. Bei der ungeheuren Korruption, die wir allenthalben zu verzeichnen haben, hätte unserer Meinung nach Herr Kuntz die Sache schon längst verbieten müssen. So kann es aber kommen, daß die Oeffentlichkeit von eventuell versuchter Korruption oder Bestechung spricht. (Das Vertrauen wird dadurch jedenfalls nicht gefördert D. Ber.) Genosse Bode sagte dem Herrn Trumpf die Stickstoffwerke sollten das Geld lieber ihren Arbeitern geben. (Da sie das aber nicht machen werden, so schlagen wir vor, es für den zweiten Pfeiler in Piesteritz anzulegen, denn da fehlen noch 15 000 Mark!! D. B.) Zum Schluß beantragt Genosse Bode **die Ausschmückung des Saales mit den Büsten von Marx, Engels und Lenin.** Die nächste Sitzung wird darüber beschließen.

Zu der „Gratifikationsgeschichte" werden wir nochmals grundsätzlich Stellung nehmen.

Aus der Provinz

Urantrag der KPD. im Preußischen Landtag

Vermindert die Hochwassergefahren!

Im Gebiet der Schwarzen Elster und Röder, das im letzten Sommer schwere Hochwasserschäden erlitten hat, sind bereits wieder Ueberschwemmungen eingetreten. Das Wasser hatte am 14. Januar den höchsten Stand des Sommers erreicht; an verschiedenen Stellen war er bereits überschritten Die anwohnende Bevölkerung lebt wieder einmal in größter Aufregung; der Hochwassernachrichtendienst versagte erneut. Man macht der Regierung den Vorwurf, daß **die Behörden nicht genügend energisch die von der Bevölkerung längst geforderten und vom Landtag bereits beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung von Hochwassergefahren betrieben haben. Schuld daran ist, wie auch Pressenachrichten bestätigen, die Weigerung der Wirtschaftskreise, ein Gesetz über die Reinhaltung der Schwarzen Elster zustandekommen zu lassen, das die an der Verschlammung schuldige Braunkohlenindustrie zu den Lasten heranzieht.**

Der Landtag wolle deshalb beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit größter Beschleunigung

1. **alle Maßnahmen zum Schutz des Gebiets der Schwarzen Elster und Röder zur Ausführung bringen zu lassen, insbesondere**
2. **den Gesetzentwurf zur Reinhaltung der Schwarzen Elster dem Landtag unverzüglich vorzulegen;**
3. **die nachgeordneten Behörden anzuhalten, die zur Sicherung der kleinbäuerlichen und anderen proletarischen Hochwassergeschädigten des vorigen Sommers unbedingt nötigen Entschädigungen sofort zur Auszahlung zu bringen.**

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Erwerbslose von Weißenfels und Umgebung!

Am Mittwochnachmittag 3 Uhr findet im „Tivoli" eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt. Als Referent erscheint der Landtagsabgeordnete Genosse Max Lademann.

Sorgt für Massenbesuch!

Kein Erwerbsloser darf fehlen!

Naumburg. Jugendweihe. Wie im Vorjahre veranstaltet die Organisation der Gemeinschaft proletarischer Freidenker auch in diesem Jahre wieder eine Jugendweihe. Die Feier findet am Sonntag, dem 10. April, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Hotel zur Post" statt. Die Vorbereitungen werden so getroffen, daß die Feier in jeder Weise der Würde dieses Tages entsprechen wird. Eine Reihe von Jugendlichen, die zum Frühjahr aus der Schule entlassen werden, haben sich bereits zur Jugendweihe angemeldet. Weitere Anmeldungen nehmen entgegen die Lagerhalter Anton Pröls, Große Fischstraße 24, und Walter Fiefer, Michaelisstraße 40.

Döschwitz-Gladitz. Kommunalpolitisches. In einer gemeinsamen Sitzung der Gemeindevertretungen Döschwitz und Gladitz unter Anwesenheit des Landrats Zimmermann (Weißenfels) wurde einstimmig beschlossen, den Verbindungsweg zwischen den beiden Gemeinden nach der Provinzstraße Zeitz—Naumburg zu pflastern. Eine diesbezügliche Anleihe soll bei der Kreissparkasse aufgenommen werden. Die Leitung des Straßenbaus wird dem Kreistiefbauamt Weißenfels übertragen. Mit diesem begrüßenswerten Beschluß wird den denkbar traurigsten Zuständen unserer Wegeverhältnisse ein längst verdientes Ende bereitet.

Bad Kösen. Das Brückengeld muß gezahlt werden! Die Brückengeldfrage in Bad Kösen, über die seit Jahren Meinungsverschiedenheit herrschte, ist jetzt durch das Amtsgericht Naumburg dahin entschieden worden, daß Brückengeld zu zahlen ist, ebenso auch für die Brücke in Unterneuburg. Ergo: Bürger bleche!

Weißenfels. Jugendsektion des Zentralverbandes der Schuhmacher. Der Kollege Paul Schüffler spricht am Dienstag, dem 18. Januar, im Jugendheim über „Der Kampf in der Schuhindustrie und welche Lehren sieht die Jungarbeiterschaft daraus". Beginn pünktlich 8 Uhr. Das Erscheinen aller in der Schuhindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen ist notwendig.

Unser Ziel:

jeden Tag
aus jedem Ort
eine gute Arbeiterkorrespondenz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0006

Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg-Piesteritz. „Der schwarze Sonntag" gelangt am Dienstag, dem 18. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, in den „Wiener Lichtspielen", Piesteritz, in Verbindung mit unserer Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier zur Vorführung. Nach langen Bemühungen ist es uns endlich gelungen, diesen von der Arbeiterpresse, bestens empfohlenen Film zu bekommen. An der LLL.-Feier wird außerdem der Gesangverein mitwirken. Das Referat hält der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen, Berlin. Da mit einem überfüllten Hause zu rechnen sein wird, erfolgt der Vertrieb der Eintrittskarten durch Vorverkauf. Karten zum Preise von 0,60, 0,90 und 1,10 Mark sind durch die Funktionäre der Partei und des RFB. zu erhalten. Da der Film sehr viel Geld kostet, war es nicht möglich, einen geringeren Eintrittspreis zu vereinbaren. Betreffs des Eintrittspreises für die Erwerbslosen müssen noch besondere Vereinbarungen getroffen werden. Nähere Auskunft in dieser Angelegenheit erfolgt am Dienstagvormittag durch die Erwerbslosenräte. Wie wir erfahren, wird der Film „Der schwarze Sonntag" noch bis zum Donnerstag laufen. Weil aber die unterzeichneten Parteien die Filmvorführung in Verbindung bringen mit der Gedächtnisfeier für unsere toten Führer, wird es sich die Arbeiterklasse nicht nehmen lassen, am Dienstag zur Erstaufführung des Films zu erscheinen. Darum sichere sich jeder Genosse im Vorverkauf eine Eintrittskarte. Auch für die Wittenberger Arbeiterschaft sind Eintrittskarten durch die Partei- und RFB.-Funktionäre zu erhalten. Arbeiter, Klassengenossen!, Hinein in die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier! — Die vom RFB. angesetzte Mitgliederversammlung am Dienstag fällt selbstverständlich aus.

Piesteritz. Heraus zur Liebknecht-Feier. Am Donnerstag, dem 18. Januar, abends 8 Uhr, im Kino LLL.-Feier. Referent: Genosse Wilhelm Koenen, M. d. R. Arbeiter, Werktätige, erscheint in Massen!

Gräfenhainichen. D-Zug gegen Langholzfuhrwerk. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle meldet über den Unfall: D-Zug 40 überfuhr am Mittwochnachmittag 12 25 Uhr in Kilometer 110,14 der Strecke Halle—Berlin zwischen Terwitz und Radis auf dem Uebergang bei Bude 115 das Langholzfuhrwerk des Besitzers Karl Apelt aus Gräfenhainichen, das vor der Durchfahrt des Zuges die Gleise noch überqueren wollte und sich dabei an einem Prellstein festfuhr. Beide Pferde wurden getötet, der Vorderwagen wurde zertrümmert. Menschen sind nicht verletzt worden. Obgleich der Schrankenwärter sofort dem Zug entgegengelaufen ist, und versucht hat, ihn durch Signale zum Halten zu bringen, ließ sich der Unfall nicht vermeiden.

Ramsin. Offener Brief eines Einwohners an den Herrn Gemeindevorsteher Lützner. In der öffentlichen Gemeindevertretersitzung vom 5. Januar wurde von einem Mitglied ein Thema angeschnitten über daß sie bis dahin Zeit genug gehabt hätten, nachzudenken. Sie haben sich aber scheinbar die betreffenden Dinge sehr leicht vorgestellt und mit einem Hinweis darauf, daß die Sache zu noch beim Kreisausschuß schwebe, fiel sie sanft und vielleicht endgültig unter den Tisch. Das Wort des ehemaligen Reichskanzlers Marx: „Ich werde mich hüten, vor deutschen Gerichten mein Recht zu suchen . . ." ist uns gut bekannt; ich wende es selbst gern an, auch auf andere Behörden. Es ist mir also einerseits ziemlich gleichgültig, ob höheren Orts ein magerer Vergleich geschlossen wird oder nicht, denn der kann mir nicht das geringste nützen. Andererseits will ich aber auch zugeben, daß Ihnen infolge Ihrer ausgedehnten Amtsbereiche manches aus dem Gedächtnis entschwunden ist. Grund genug für mich, Ihnen einiges wieder aufzufrischen. Sie werden mir daher nicht übelnehmen, wenn ich wahrmache, was ich Ihnen am Anfang unserer Bekanntschaft ankündigte: Flucht an die Oeffentlichkeit! Gestatten Sie also, daß ich Ihnen heute den ganzen Sachverhalt meiner Angelegenheit darstelle: Sie mieteten im Herbst vorigen Jahres in Ihrer Eigenschaft als Amtsvorsteher von Ramsin, in der Baracke der Grube Auguste bei Bitterfeld, eine Stube für einen kranken Erwerbslosen, der heute noch arbeitsunfähig ist. Ich wurde bald darauf von der Direktion der Grube Auguste gefündigt, wohlgemerkt, von der Direktion; angeblich wegen „Arbeitsmangels". Wie Sie mir aber sagten, weil ich einen „großen Mund" gehabt hätte, in Wahrheit aber, weil ich über die unerhörte Art der Einquartierung jenes kranken Erwerbslosen ein kräftiges Wörtchen geredet hatte. Ich erinnere Sie nun daran, daß jener Kranke vierzehn Tage in einem großen, kalten, völlig leeren Raume ohne Strohsack zubringen mußte; ich erinnere Sie ferner daran, wie oft ich Sie persönlich von der Absicht der Grube Auguste in Kenntnis setzte, mich aus der Baracke hinauszuweisen. Sie sagten immer aufs neue zu, bei der Direktion der Grube Auguste vorstellig zu werden. Sie wiesen mich immer mit einer Handbewegung auf: „Man kann Sie ja nicht hinauswerfen!" Bis man mich schließlich nach fünf Wochen mit Landsässigen des Holzweißiger Amtsbezirks, eines anderen also, obdachlos machte, als Erwerbslosen obdachlos machte und in einer Form, die vielleicht in Zentralafrika üblich ist. So liegen doch die Dinge in Wirklichkeit und Sie waren nicht imstande, mich als Ihren Ortsangehörigen in einem von Ihnen gemieteten und gut bezahlten Raume sicherzustellen. Darauf wurde ich in Ramsin bei einer Arbeiterfamilie untergebracht, was mich einigermaßen mit meinem Schicksal aussöhnte. Was aber taten Sie kurz darauf? Sie denunzierten mich bei meinem Wirt, von dem Sie wissen, daß er ganz links steht, als einen Menschen, der „rechtspolitisch" tätig gewesen sei und den Sie schon auf der „Liste" hätten, um ihn bald wieder „abzuschieben". Herr Lützner, ich kann Ihnen nur energisch sagen, daß ich bis jetzt vielleicht ein besserer Republikaner war, als Sie, das wissen Sie auch ohne Zweifel. Ich rate Ihnen nur eins: Jagen Sie endlich die Waschweiber in Männergestalt, die Ihnen Mätzchen zutragen, wie: „großen Mund gehabt haben" und „rechtspolitische Betätigung", zum Hause hinaus und setzen Sie sich mehr für solche Dinge ein, die dem Einzel- und Allgemeinwohl dienlicher sind. Sonst wäre es doch besser, Sie kehrten wieder in die Treibhausluft Ihres Vortriegsberufes zurück.

Hochachtungsvoll! **G., Ramsin.**

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Am Rande. Das Gericht verurteilte den Fleischer und Maurer Reinhold Greifzu aus Thondorf wegen Hehlerei zu einem halben Jahr Gefängnis. Er hatte von einem Postschaffner aus Sandersleben von der Post gestohlene Gegenstände aufbewahrt. Der Postschaffner hatte sich das Leben genommen, als die Ermittlungen gegen ihn aufgenommen wurden. — Zwei Menschenleben sind so vernichtet. Und warum? Wegen ihres „Leichtsinns"? Keineswegs, der Hunger hat ihnen sicherlich die Arme geführt.

Artern. Entlarvt! Die ehemaligen rrrevolutionären Usepeter von Artern haben mal wieder Bedürfnis gefunden zu schwindeln und zu denunzieren — natürlich im halischen „Volksblatt" unter dem Motto Jesuitenmoral. Der Jesuitenmoralprediger schreibt sicherlich im Auftrage des 2. Bürgermeisters und Bauschauverständigen von Artern. Ueber die Vorgänge in Heygendorf ist die Arbeiterschaft der Umgegend genügend orientiert, neu jedoch ist, daß die Staatsanwaltschaft neue Kronzeugen gefunden hat im Arbeiter-Gesangverein. Somit ist die reaktionäre Einheitsfront von Niedner bis zum rechten Flügel des Arbeiter-Gesangvereins in Artern zur Niederkämpfung der roten Front hergestellt. Der Artikel im „Volksblatt" über Heygendorf war für die Lokalpresse ein gefundenes Fressen, und um der roten Front eins zu versetzen, wurde er mit Wohlbehagen abgedruckt. Zur Generalversammlung der Arbeiter-Sänger selbst. Hier liegt die Sache so, daß ein Antrag zwecks korporativen Beitritts zur AMS. ordnungsgemäß eingebracht, eingehend diskutiert und ordnungsgemäß zur Abstimmung gebracht worden ist, und zwar genau dem Statut des Vereins entsprechend. Die Empörung hierüber bei den Reichsbannerleuten ist begreiflich, doch kann hierüber zur Tagesordnung übergegangen werden. Wir werden als wirkliche Arbeiter-Sänger dafür zu sorgen haben, daß der Tanz, den diese Herrschaften wollen, so beendet wird, daß den SPD.-Herrschaften Sehen und Hören vergeht, zum Nutzen des Arbeiter-Sängerchors und der Arbeiterschaft von Artern. Gleichzeitig fordern wir alle uns noch fernstehenden Sänger auf, sich einzugliedern in den Arbeiter-Sängerchor Artorns, damit diesen Spaltern der Arbeiterbewegung der Garaus gemacht wird!

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Aufruf!

An die Erwerbslosen des Kreises Torgau!

Die Erwerbslosen aus Stadt und Land werden aufgefordert, sofort örtliche Ausschüsse oder Vertrauensmänner zu wählen. Adressen sind umgehend an untenstehende Adresse zu richten.

Kollegen! Die Behandlung der Erwerbslosen im Kreise Torgau durch die Kreisverwaltung ist eine sehr reaktionäre. Aus diesem Grunde müssen wir uns zusammenschließen, um unsere Forderungen nachdrücklichst vertreten zu können. Sendet bis 18. Januar Eure Adressen!

Erwerbslosenausschuß der Stadt Torgau.
J. A.: Rudolf Nackelmann, Leipziger Straße.

Nieder mit der Offensive gegen Rußland!

In Wodwitz und Plessa fanden zwei gut besuchte öffentliche Volksversammlungen statt, in denen der Rußland-Delegierte Genosse Overbagen-Essen Bericht von seiner Rußlandreise erstattete. In beiden Versammlungen wurde folgende wichtige Resolution angenommen:

„In der ganzen Welt haben die Kriegsrüstungen in den letzten Jahren einen gewaltigen Umfang angenommen. Um ihre eigenen kriegerischen Absichten zu verdecken, versuchen die Kapitalisten, die russischen Arbeiter als die Friedensstörer hinzustellen und genau wie im Weltkrieg eine künstliche Kluft zwischen den Arbeitern Westeuropas und der Sowjetunion zu schaffen. Demgegenüber betonen die versammelten Arbeiter, daß gerade die russischen Arbeiter es waren, die als erste dem Weltkrieg ein Ende bereiteten und daß gestreu der Grundsätze von Marx und Engels in der Herstellung einer festen Einheit zwischen west- und osteuropäischen Arbeitern die beste Garantie zur Verhinderung kommender Kriege gegeben ist.

Aus diesem Grunde fordern wir die russischen Arbeiter auf, ihrerseits Delegationen von Arbeitern aus Betrieben und Gewerkschaften nach Deutschland zu schicken, um die Bande der Solidarität enger zu knüpfen und aller Welt zu zeigen, daß das Proletariat der ganzen Welt wie ein Mann jeden Angriff auf den russischen Arbeiter- und Bauernstaat zurückweisen wird."

Torgau. Stadtverordnetensitzung. Am Donnerstag fand die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre statt. Auf der Tagesordnung standen nur zwei Punkte zur Beratung. 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Neuwahl der Kommissionen. Erschienen waren 18 Abgeordnete, der Magistrat glänzte durch Abwesenheit bis auf zwei Mitglieder. Ebenfalls nicht erschienen waren die Vertreter der Deutschvölkischen Partei. Das sollte sich scheinbar auswirken auf die Vertreter des Torgauer Ordnungsblockes, die sich mit ihnen in der letzten Sitzung gebalgt hatten. Bevor die Sitzung ihren Anfang nahm, gab der Vorsteher Roß (Gewerbetreibender) bekannt, daß der Bauunternehmer Wilhelm Lehmann sein Mandat niederzulegen hätte, und zwar angeblich aus Gesundheitsrücksichten. Noch nie ist Herr Lehmann so gesund gewesen wie heute. Aber die Sache liegt tiefer. Die weise Weste dieses Herrn war derartig beschmutzt, daß an eine Reinigung nicht mehr zu denken ist. Wir möchten nur erinnern an die Munitionsanstalt in Süptitz, wo an einem Tage 2000 Mark verdient wurden und des Nachts, als es in Torgau ruchbar wurde, dann das gestohlene Staatsgut wieder hingeschafft wurde. Weiter möchten wir erinnern an den Scheunenkauf von Jackowitz, wo nach dem Ankauf durch die Stadt ein Saufgelage stattgefunden hat usw. Herr Lehmann hat es nun doch endlich, nachdem man sich in öffentlichen Versammlungen mit ihm beschäftigt hat, vorgezogen, sein Mandat selbst niederzulegen, vielleicht auf Anraten seiner Fraktionskollegen. Schon lange gehörte er nicht mehr an diesen Platz und auch noch verschiedene andere, wie z. B. ein Rechtsanwalt, der in Torgau mit noch mehreren seiner Kollegen im Jahre 1925 des Nachts an den Laternen hochkletterte und dieselben die Abgeordnete Frau Frenzel (Ordnungsblock und Vaterländischer Frauenverein) als gute Mitarbeiterin in den Schulausschuß, Krankenhaus-, Gesundheits-, Wohnungsausschuß usw., worin die Frauen bessere Uebersicht hätten als die Männer. Es ist um sie sehr schlecht bestellt, wenn sie erst dazu überachen muß, ihre Wahl selbst vorzuschlagen, was bei einzelnen Abgeordneten Lachen hervorrief. Dann wurde zur Tagesordnung übergegangen. Als Vorsteher wurde Roß (Gewerbetreibender) mit 12 Stimmen wiedergewählt. Als Stellvertreter Pfitzner (SPD.) mit 11 Stimmen. Bei Roß waren sechs weiße Stimmzettel abgegeben worden, bei Pfitzner sechs und eine Stimme erhielt Struck (Ordnungsblock). Als Schriftführer wurde der Volksschullehrer Brambach ebenfalls mit 12 Stimmen wiedergewählt. Als Stellvertreter Rasch (Beamter) mit 13 Stimmen. Die übrigen Kommissionen wurden mit sehr wenigen Aenderungen wiedergewählt. Nur in den Kranken- und Fürsorgeausschuß wird Frau Frenzel noch mit hinzugewählt. Vor der Wahl gab der Vorsteher Roß einen fünf Minuten dauernden Geschäftsbericht. Es ist nicht gelungen, das Gleichgewicht des Etats herzustellen. Und als Lichtblick führte er die Errichtung von drei Industrie-Unternehmungen an. Leider muß man sagen, daß diese, vor allem die Torgauer Glashütte, Werke sind, die immer mehr die Lage ihrer Arbeiter verschlechtern. Den Ofenarbeitern hat man den Lohn von 63 auf 42 Pfennig abgebaut. Die Lohnzahlung geschieht jetzt nur alle zehn Tage. Mithin arbeitet dieses Werk vier Tage mit dem verdienten Gelte ihrer Arbeiter. Und doch erkennen diese Verflamung die dort beschäftigten Kollegen noch nicht. Wie mit einer Binde vor den Augen laufen sie herum, verrichten mechanisch ihre Arbeit. Die Organisation unter den Kollegen ist schlecht, deshalb ist es möglich, das alles den Arbeitern bieten zu können. Deshalb, Arbeitskollegen, organisiert Euch bis auf den letzten Mann, dann wird und muß auch bei Euch ein anderer Wind wehen.

Falkenberg. Wieder ein tödlicher Unfall auf der Dawes-Bahn! Mittwoch abend 6 Uhr wurde der Zugabfertiger Max Schulze von hier, Bismarckstraße 17 wohnend, auf dem oberen Personenbahnhofe von einem Zuge überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Schulze ist 46 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Döllingen. Eine öffentliche Versammlung fand am Dienstag, dem 11. Januar, im Gasthof Schienangk statt. Als Referenten ergriffen das Wort, nachdem Genosse Haberland die Versammlung mit einleitenden Worten eröffnet hatte, die Delegierten des Landes- und Reichskongresses der Werktätigen, die Genossen Holzweißig, Torgau, und Dr. Miethke, Elstermerda. Die Anwesenden lauschten den verständlichen Worten der Redner. Die Notwendigkeit durch das kapitalistische System wird eine immer größere. Ein jeder von den Anwesenden sah ein, daß es so nicht weiter gehen kann und die Einheitsfront des gesamten werktätigen Volkes unter Führung der KPD. zur Niederringung des heutigen Ausbeutesystems geschaffen werden muß. Es ist das Gebot der Stunde, die Massen des werktätigen Volkes zu sammeln, um in breiter Front den Kampf aufzunehmen gegen die Reaktion. In der Diskussion kam auch zum Ausdruck, daß die Einheitsfront auch auf gewerkschaftlichem und sportlichem Gebiete durchgeführt werden muß. Es ist notwendig, daß sich jeder Arbeiter der Gewerkschaft ansichtet und unter Führung der Opposition zu kämpfen lernt. Folgende Resolution fand, nachdem Genosse Haberland die Greueltaten der Faschisten-Regierung in Litauen bekanntgegeben hatte, einstimmige Annahme: „Die gut besuchte Versammlung in Döllingen nimmt Kenntnis von den Greueltaten der Henker- und Faschisten-Regierung in Litauen. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Morde, die an Arbeiterführern vorgenommen worden sind. Wir protestieren gegen dieses Henkersystem und rufen alle Werktätigen auf, den Kampf gegen dieses System aufzunehmen sowie gegen den weißen Terror aller kapitalistischen Länder."

Aus der Partei

Das Mitglied der KPD., Karl Mühlbach, Ortsgruppe Merseburg, der in der öffentlichen Erwerbslosenversammlung am 5. Januar die Partei verleumdete und zum Austritt aus den freien Gewerkschaften aufforderte, ist von der erweiterten Bezirksleitung am 16. Januar einstimmig aus der KPD. ausgeschlossen worden.

Halle, den 17. Januar 1927 **Bezirksleitung der KPD.**

Neues aus aller Welt

1080 Grippefälle in Berlin

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: In den Berliner städtischen Krankenhäusern befanden sich heute, Sonntag, früh 1080 Grippekranke. Im Laufe des gestrigen Tages waren 7 Todesfälle zu beklagen. Die Krankenhäuser sind für schwer an Grippe Erkrankte aufnahmefähig.

Großfeuer in einer Strumpffabrik

Nach einer Blättermeldung aus Chemnitz, brach in der vergangenen Nacht in einer Strumpffabrik in Talheim Feuer aus. Das große Fabrikgebäude, in dem 600 Arbeiter beschäftigt waren, brannte vollständig aus. Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrleute Rauchvergiftungen. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

Ein Knabe stürzt aus fahrendem Zuge. Auf der Wannsee-Bahn zwischen Zehlendorf-Mitte und Lichterfelde-West stürzte gestern mittag der 9 Jahre alte Konstantin Ulrich aus Berlin aus dem Abteil eines fahrenden Vorortzuges und blieb besinnungslos auf den Schienen liegen. Vater ein Arzt, durch einen Bahnwärter herbeigerufen, dem Kinde Hilfe bringen konnte, war es bereits verschieden. Konstantin U. war zu Besuch bei seiner Tante in Werder gewesen und wollte gestern zu seinen Eltern zurückkehren. Die Tante hatte ihn ins Abteil gesetzt, und etwaer hat das unbeaufsichtigte Kind mit dem Griff an der Tür gespielt oder die Tür war nicht richtig geschlossen und ist beim Anlehnen aufgegangen. Ganz gefährt wird dieser Fall nie werden, da das Abteil ohne weitere Fahrgäste war. Die Eisenbahnverwaltung sollte eine Einrichtung treffen, um derartige Vorkommnisse zu verhüten. Wir schlagen z. B. vor, daß allenfahrende Kinder beim Zugschaffner, resp. ein, zwei Abteile vor ihm untergebracht werden. Das Abteil des Zugschaffners ist ja immer meistens leer. Und während seiner Abwesenheit müßte das Abteil von außen verschlossen werden.

Folgen des Wohnungselends. Ein Landarbeiterehepaar in Göhnitz, beschäftigt bei einem Großbauern, mußte ein kleines Kind während der Arbeitszeit allein in der unzulänglichen Wohnung, einer früheren Geschirrkammer, zurücklassen. Dabei sind dem Kind Hände und Füße erfroren. Ob das den Kindern des Großbauern auch passieren kann?

„Scheinted" im Auto. Als ein Schwindler erwies sich der Pferdetransporteur Paul Rehbein aus Zeitz. Er kam eines Abends kurz vor dem Weihnachtsfeste im oberfränkischen Städtchen Kronach an und wußte unter dem Vorwand, infolge Hufschlages eines Pferdes eine Darmzerreißung erlitten zu haben, Mitleid zu erregen. Er brachte es dahin, daß die Bahnhofsbeamten die Sanitätskolonne herbeiriefen, den katholischen Geistlichen zu seinem Seelenheil zu bestellen und schließlich im Kronacher Krankenhaus Aufnahme zu finden. Dort hat er Arzt und Krankenschwestern getäuscht und es schließlich durchgesetzt, daß er mittels Autos nach Zeitz gefahren werde. Nicht genug damit, er hat es auch verstanden, unterwegs im Auto zu sterben, um dann zu verdusten. Jetzt ist der Schwindler, dessen angeblich trauriges Geschick von der gesamten fränkischen Presse bedauert wurde, in Jena verhaftet worden.

Harzer Sauerbrunnen aus Halberstädter Leitungswasser. Eine Halberstädter Mineralwasserfabrik bringt unter der Bezeichnung „Harzer Sauerbrunnen Psilanti mit Zusatz natürlicher Kohlensäure" ein Tafelwasser in den Handel, das aus Halberstädter Leitungswasser unter Zusatz von natürlicher Kohlensäure hergestellt ist. Das Landgericht Halberstadt verurteilte deshalb den angeklagten Geschäftsführer Reimann wegen Vergehens gegen § 1 der Bekanntmachung gegen die irreführende Bezeichnung von Genußmitteln vom 26. Juni 1916 zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Die irreführende Bezeichnung erblickte das Gericht darin, daß der Sauerbrunnen aus natürlichem Leitungswasser hergestellt ist, während nach der maßgeblichen Auffassung des Publikums unter Sauerbrunnen ein natürlicher Sauerbrunnen, der als Sprudel aus der Erde kommt, verstanden werde. Der Geschäftsführer legte gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht ein. Das Reichsgericht hob das Urteil des Landgerichtes auf, weil der innere Tatbestand der Täuschung nicht nachgewiesen sei. Die Sache mußte deshalb zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen werden. — Einen kleinen Nahrungsmittelbetrüger" hat man wieder einmal in den Klauen.

Das Märchenschiff des Milliardärs. Der Milliardär und frühere Präsident der Western United Gas and Elektric Comp., Ira C. Copley, der es schließlich zu einem Vermögen von 20 Millionen Dollar brachte, begibt sich heute nach Kiel, wo er eine von Krupp erbaute Yacht übernehmen wird. Die Yacht soll so luxuriös ausgestattet sein, daß Copley sie als Märchenschiff bezeichnet. — Sie bauen sich von dem aus unseren Knochen geschundenen Millionen Märchenschiffe — und wir haben nicht mal eine anständige Wohnung.

An der Akademie der Künste in Leningrad ist eine Fakultät für Mosaikkunst gegründet worden, die das Ziel verfolgt, geschickte Fachleute für Mosaikarbeiten heranzubilden. Die Akademie der Künste, deren Mosaiken weltberühmt sind, hat es versprochen, sich ihre geheimen Herstellungsverfahren die die bekannten Meister der Vatikan-Mosaikwerkstätte Gebrüder Bonafede seinerzeit nach Rußland verpflanzt haben, zu bewahren. Die Mosaikfakultät besitzt wertvolle Reserve zur Herstellung von Mosaiken („Smalta"), die bis zu 17 000 verschiedene Farbtönungen ermöglichen. Die neue Fakultät wird von 30 Studierenden besucht.

Vorsicht vor falschen Zweimark- und Fünfzigpfennigstücken. Verschiedentlich befinden sich falsche Zweimark- und Fünfzigpfennigstücke im Umlauf. Die Zweimarkstücke, die aus einer Silberlegierung hergestellt sind und das Münzzeichen D sowie die Jahreszahl 1926 tragen, sind um ihrem um 2,45 Gramm hinter der gesetzlichen 10 Gramm zurückbleibenden Gewicht leicht zu erkennen. Die Fünfzigpfennigstücke sind aus Messing und tragen das Münzzeichen J und die Jahreszahl 1924. Die Prägung erscheint etwas unscharf und verschwommen. Die Randriffelung ist ungleich und gegenüber den echten Stücken viel zu weit.

Verantwortlich: Irmgard Rasch, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Aus dem Geschäftsverkehr

Weißenfels. Geschäftseröffnung. Am Sonnabend hat die Firma Emil Werner in der Großen Kalandstraße 3, Ecke Filbeaße, ein Kredithaus in Herren- und Damenkonfektion, Bett- und Leibwäsche, Gardinen, Gobelins und Teppichen eröffnet. Die Firma verspricht, jedem die Möglichkeit zu geben, in diesem Geschäft bei geringer Anzahlung und bequemer Zeitzahlung sich in den Besitz von dauerhafter und preiswerter Ware zu setzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Arbeitersportler!

Das ZK. der Roten Sportinternationale richtete an alle Sportler und Turner folgenden Aufruf:

Genossen! Der faschistische Staatsstreich in Litauen ist eine neue schwere Gefahr für das Proletariat Litauens und der ganzen Welt. In den ersten, dem Staatsstreich folgenden Tagen wurden vier revolutionäre Arbeiter aus den Reihen des Proletariats gerissen. Hunderte von Arbeitern wurden ins Gefängnis geworfen. Die Arbeiterklasse darf die Zertrümmerung ihrer Vorhut in Litauen nicht zulassen.

Genossen, Arbeitersportler! Brandmarkt die faschistische Regierung! In Reih und Glied mit den Arbeitern der ganzen Welt erhebt Protest gegen den Faschismus, setzigt Eure Reihen für den endgültigen Kampf gegen den Faschismus!

Nieder mit den Henkern!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter im Kampfe gegen die Reaktion und gegen den Faschismus!

Arbeitersport- und Kultur-Kartell Halle

Die Sitzung des Kartells, die zum 18. Januar einberufen ist, muß infolge Krankheit des 1. Vorsitzenden auf den 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" verlegt werden. Karl Oertel.

Fußball

Fichte 1. — Minerva 1. 5:3 (2:1)

Obige Mannschaften standen sich auf dem in nicht besonders guter Verfassung befindlichen Fichte-Platze gegenüber. Mit dem Anstoß entwickelte sich sofort ein lebhaftes Spiel, bei welchem sich Minerva anfangs schneller zusammenfand. Durch einen schlecht abgewehrten Ball seitens des Fichte-Torwarts kann Minervas halblinker durch Nachschen einsenden. Im flotten Tempo geht das Spiel weiter, welches große Anforderungen an die Spieler stellte durch den schlüpfrigen und schweren Boden. Nach guten Kombinationszügen gelingt Fichte der Ausgleich und sogar die Führung. Mit 2:1 werden die Seiten gewechselt. Minerva drängt auf Ausgleich, welcher ihr wiederum durch Mißverständnis der Fichte-Verteidigung und Schiedsrichter gelingt. Nach beiderseitigen Torbesuchen sind Fichte die Glücklicheren, indem sie 2 Tore vorlegen können. Auch Minerva ist im Endspurt nicht müßig und erzielt ein 3. Tor. Mit Anstoß von Mitte weg entwickelt Fichtes Innensturm eine Glanzleistung, indem innerhalb weniger Sekunden, ohne daß ein Spieler von Minerva den Ball berührt hat, ein fünftes Tor erzielt. Nach kurzem Geplänkel nur beiderseitigen Toren ertönt der Schlußpfiff. Der Unparteiische leitete zur Zufriedenheit.

Fichte 2. — Minerva 2. 2:1 (1:1).
Fichte 2. Jugend — Minerva 1. Jugend 1:1.

Fortuna 1. — Wörmlitz 1. 7:0 (1:0)

W. hat Anstoß, verliert aber den Ball an F., welche Schuß auf Schuß auf das W. Tor geben. Der Torwart ist auf der Hut und verhindert jedes Zählbare. W. macht sich nunmehr frei und macht verschiedene Durchbrüche, welche aber die Hintermannschaft klärt. Das Spiel wogt auf und ab. In der 35. Minute ist es D. vergönnt, das erste Tor zu treten. Kurz darauf Halbzeit. Nach Wiederanpfiff wird D. besser und besser und in regelmäßigen Abständen erhöht Dölau die Torzahl auf 7:0. W. muß leer ausgehen und legt trotz der hohen Niederlage das zum Schluß ein ruhiges Spiel vor. Schiedsrichter gut.

Fortuna 2. — Löbejün 1. 6:2.
Fortuna 3. — Löbejün 2. 8:0.
Fortuna 1. Jugend — Cröllwitz 1. Jugend 0:0.

ASC. 1. — Holzweißig 1. 5:1 (3:1)

2.45 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball frei. Es entwickelte sich ein flottes Spiel, welches in den ersten drei Minuten durch Elfmeter das erste Tor für Holzweißig einbrachte. Nach Wiederanstoß fand sich ASC. besser zusammen, so daß sie ausgleichen konnten und das Torresultat auf 3:1 erhöhten. Nach Seitenwechsel wurde Holzweißig sehr hart. Der Schiedsrichter mußte des öfteren eingreifen, um das Spiel nicht ins Rohe ausarten zu lassen. Es mußten zwei Spieler das Spielfeld verlassen. Es sei hier noch zu bemerken, daß der Spielführer von Holzweißig einen unsportlichen Gruß an Schuh des Spieles auf den Gegner ausbrachte, was sehr zu verurteilen ist, denn dadurch wird der Arbeitersport nicht gefördert. Schiedsrichter war einwandfrei. In Zukunft mehr Ruhe auf dem Spielfeld.

Sportbrüder 1. unterlag gegen Gröbers 1. mit 3:1.
Lettin 1. hatte keinen Gegner, da Diemitz 1. es nicht für nötig hielt, zu diesem Spiel anzutreten.
Giebichenstein 1. zeigte sich seit längerer Zeit mal wieder in neuer Aufstellung und konnte einen 4:1-Sieg mit nach Hause nehmen.
Trotha 1. zeigte beständige Spielweise und legte Zörbig 1. mit 4:1 rein.
Reideburg 1. — Teicha 1. 1:3.
Reideburg 2. — Teicha 2. 2:7.
Trotha 2. — Zörbig 2. 0:2.
Giebichenstein 2. — Teutonia 2. 0:1.
Trotha 3. — Zörbig 3. 1:5.
Lettin 3. — Diemitz 2. 0:0.
Lettin 2. — Sportlust 2. 5:1.
Wörmlitz 2. Jugend mit 9 Mann gegen Viktoria 2. Jugend 2:1.

Amtliche Bekanntmachung des Hauptausschusses

Kommenden Sonntag, den 23. Januar, machen sich zwei Bezirksmeisterschaftsspiele notwendig. Um die Meisterschaft der 2. Klasse spielen Brachstedt 1. — Fortuna-Dölau 2. Ferner muß das Spiel Diemitz 2. — Viktoria 3. wiederholt werden. Platz und Schiedsrichter werden am Mittwoch bekanntgegeben.

Arno Pegold, Obmann.

Die Kämpfe der Gruppenmeister

Die angesetzten Bezirksmeisterschaftsspiele wurden gestern bei prächtigem Wetter auf dem Minerva-Platz ausgetragen. Um die Bezirksmeisterschaft der Jugendklasse standen sich um 10 Uhr Wörmlitz Jugend und Bruckdorf Jugend gegenüber. Beide Mannschaften zeigten ein gefälliges, zu reichen Momenten Durchhaltes Spiel, nur ließ der Platz in Punkt Bodenbeschaffung so manches zu wünschen übrig, welches sich im Laufe des Spieles oft bemerkbar machte.

Wörmlitz Jgd. — Bruckdorf Jgd. 2:1 (0:0).

W. hat Anstoß und strebt dem gegnerischen Tore zu, aber Br. ist auf der Hut und kann sein Tor reinhalten. Nunmehr entwickelt sich Mittelfeldspiel, wobei auf beiden Seiten die Verteidiger tüchtig arbeiten müssen. In der 12. Minute kann Br. zum ersten und letzten Tor kommen. W. will nun ausgleichen und läßt alle Minen springen, was aber nicht gelingen will, da Br. sich von jeder Umklammerung freimacht und sogar brenzlige Sachen vom Wörmlitzer Tor scheitert. Kurz vor Halbzeit kann W. durch einen Handelmeter ausgleichen. Nach Halbzeit versucht jede Mannschaft wieder einen Vorsprung zu erreichen, wobei W. mehr am Ball ist als Br. Auf und ab geht das Spiel, wobei sich Br. 10 Minuten lang in Wis. Spielhälfte festsetzt. Alle noch so wohlgemeinten Schüsse hielt der Tormann oder flatterte die Verteidigung. Alles rechnete schon mit einer Spielverlängerung, bis sich W. freimacht und das Spiel in Brs. Hälfte verlegt. Nichts außer einigen Ecken, welche nichts einbringen, sind auf beiden Seiten die Ausbeute. 30 Sekunden fehlen noch am Spielschluß, da gelingt es W., das zweite und siegbringende Tor zu treten. Gleich darauf pfeift der Schiedsrichter das Spiel, in welcher W. Bezirksmeister der Jugendklasse geworden ist, ab. Besonders zu wünschen wäre es, wenn die beiden Mannschaften das laute Reden und Rufen unterlassen.

Diemitz 2. — Viktoria 3. 2:2

Nunmehr betraten Diemitz 2. und Viktoria 3. den Platz, um durch dieses Spiel den Meister der 3. Klasse Ostseite. Man war gespannt, wie Viktoria gegen Diemitz abschneiden würde, denn letzterer wurde als sehr spielstark angesehen. Im Verlaufe des Spieles entäuschte Diemitz angenehm. Die besten Leute von Diemitz waren der Torwart, der rechte Läufer und der halbrechte, bei Viktoria konnte der linke Verteidiger, der Mittelstürmer und der Linksaußen gefallen. Das Spiel zeigte von Anfang bis Ende lebhaftes Tempo, wie man es bei solchen Spielen gewöhnt ist. Beide Mannschaften siegten 2:2, ein Zeichen, daß beide gleichstarke Spielstärke waren. Nun zum Spielverlauf: Nachdem die üblichen Formalitäten durch den Schiedsrichter erledigt sind, nimmt das Spiel seinen Anfang, wobei bei Viktoria eine bessere Zusammenarbeit der ganzen Mannschaft zu bemerken ist. Hier sieht man, daß der D. Torwart unbezwingbar ist, alles wird seine Beute. D. will sich freimachen, findet sich aber nie recht zusammen. In der 28. Minute unternimmt D. einen Durchbruch und durch scharfen plazierten Schuß gehen selbige in Führung. V. versucht darauffhin gleichzustehen, was aber nicht gelingen will. Lange Zeit bleibt dieses Resultat so. Diemitz, durch seinen Erfolg angespornt, versucht die Torzahl zu erhöhen, kann aber nicht verbinden, daß W. ausgleicht. Nach Halbzeit hat D. umgestellt, was sich auch bewährt, denn bereits in der 62. Minute führt Diemitz mit 2:1. V. versucht mit Macht gleichzustehen. D. versucht das Resultat zu erhöhen, aber keine Mannschaft kommt zum zählbaren Erfolg. Bei D. ist es wieder der Torwart, der alle Sachen hält. D. dagegen weiß vor dem Viktoria-Tor nicht, was sie mit dem Ball machen sollen. Das Spiel geht seinem Ende zu, da gelingt es V. doch nochmals, auszugleichen. Wie zum Schluß versuchen beide Mannschaften, den Sieg an sich zu bringen, was aber nicht gelang. Noch ein paarmal ging es auf und ab, dann erfolgte der Schlußpfiff.

Brachstedt 1. — Kröllwitz 2. 2:1 (0:0)

Die erste Halbzeit ein Spiel, das kaum an die zweite Klasse heranreichte. Nur die Torwärter zeigten ihr Können. Jede Mannschaft suchte nach Schwächen des Gegners. Der L.-A. von Kröllwitz konnte mehrere Male freistehend längst den Sieg erzielt haben. Seine Schüsse gingen darüber, oder der gute Brachstedter Torwärter hielt den Ball. Nach Halbzeit entwickelt sich ein technischer, schneller Kampf. Kröllwitz ist durchweg leicht überlegen. Brachstedts L.-A. fällt durch gutes Flanken auf. Eine solche führt in der 60. Minute zum 1. Tor und 10 Minuten später fällt durch Drängeleit das 2. Tor. Durch zu frühes Herauslaufen des Brachstedter Torwärters erzielt Kröllwitz sein einziges Tor. Kr. legte Protest ein.

Kröllwitz 1. — Viktoria 1. 3:1 (2:1). Ecken 4:3

Pünktlich traten die Mannschaften zum Spiel an. Von Anfang an ein schnelles, rasches Spiel. Beide Mannschaften waren gut zusammengeschult; der Sturm von Viktoria verfiel in Kleingieleien, das Zusammenspiel fehlte vollständig. Beide Mannschaften spielten mit Punktverlust, da unbeachtete Spieler mitwirkten. Der Schiedsrichter war dem Spiel nicht gewachsen.

Viktorias Angriff jagt Kröllwitz ab, der Ball geht ins Aus. Bereits in der 2. Minute prallen je ein Spieler beider Parteien zusammen; der Viktoriaspieler muß den Platz verlassen. Dadurch ist Viktoria geschwächt. Kröllwitz drückt und in der 3. Minute mehrt im Fallen der Viktoria-Torwart den aus „Athletis" geschossenen Ball schlapp ab, der zum 1. Tor führt. Das Spiel nimmt an Abwechslung zu. Die Außenstürmer brachten alles auf, um Leben ins Spiel zu bringen. Schöne spannende Momente waren zu sehen. Der rechte Läufer Vitlorius fällt durch gutes Störungsspiel auf; er hielt die spielstarke linke Seite von Kröllwitz im Schach. Kröllwitz ist immerhin überlegen; es drückt das 2 Tor in der 9. Minute aus. Viktoria macht sich frei. Die 11. Minute wor sehr brenzlig für Kröllwitz, der Störfuß ging knapp ins Aus. Viel Sympathie erwarb sich der Viktoria-Torwart. So kommt es, daß in der 13. Minute dem Stürmer den Ball vom Kopf schlagen. Viktoria erreicht in der 22. Minute die zweite Ecke, denen Kröllwitz ebenfalls zwei Ecken gegenüberstellt. Einen scharfen Schuß von 4 Meter hielt der Viktoria-Torwart blendend. Der Schiedsrichter übersieht mehrere Sachen. Das Spiel bleibt im Rahmen des Erlaubten. Ein scharfes Angehen im Strafraum von Kröllwitz bringt Viktoria das einzige Tor. Kurz vor Halbzeit hebt Viktoria einen Strafstoß über die Latte; die Ecke bringt nichts ein.

Nach Halbzeit zeigen die Mannschaften wie Fußball gespielt wird. Wieder ist es in der 8. und 10. Minute der Viktoria-Torwart, der einige scharfe Schüsse sicher hascht. Kröllwitz spielt fast immer überlegen. Beide Mannschaften erzielen noch je eine Ecke. Zur 37. Minute hält der Viktoria-Torwart wieder einen scharfen Schuß. Der Ball prallt ab und wird mühelos zum 3. Tor eingedrückt. Zum Schluß war noch eine Herausstellung, die ziemlich kleinlich ausfiel. Bei derartigen Spielen muß das besser sein. Der Besuch mußte besser sein.

Handball

Handballspiele für 23. Januar

1. Klasse

3 Uhr	Adler — Merseburg	Perl, Minerva
3 Uhr	Wörmlitz — Fichte Ammendorf	R. Reinert, Sportlust
2 Uhr	Fichte — Othello	Wenge, ASC.
12 Uhr	Minerva — Nilas	Schaal, Wörmlitz
3 Uhr	ASC. — Schwimmer	Moschach, Sportlust
12 Uhr	Frisch auf — Sportlust	Diener, ASC.
10 Uhr	VfB. — Teicha	Oertel, Schwimmer
3 Uhr	Schwimmer Ammendorf — Osmünde	Bennewitz, Ammendorf

2. Klasse

1 Uhr	Othello 3. — 09 1.	Bennstedt
9 Uhr	Fichte 3. — Dölau 1.	Wörmlitz
2 Uhr	Wörmlitz 2. — Fichte Ammendorf 2.	Minerva
3 Uhr	Fichte 2. — Canena 1.	Othello
½1 Uhr	ASC. 2. — Schwimmer 2.	Adler
2 Uhr	Schraplau 1. — Sportlust 2.	Schaffstädt
10 Uhr	Frisch auf 2. — Eisdorf 1.	Sportlust
10 Uhr	Minerva 2. — Peißen 1.	Nilas
2 Uhr	Othello 2. — Bennstedt 1.	Fichte

Sportlerinnen

10 Uhr	ASC. — Cröllwitz	Fichte
10 Uhr	Giebichenstein — Fichte	ASC.
11 Uhr	Minerva — Sportlust	Peißen
½11 Uhr	Viktoria — Wörmlitz	Dölau

Jugend

11 Uhr	Othello — 09	Adler

Schüler

10 Uhr	Wörmlitz — Fichte 2.	Schwimmer, Ammendorf
1 Uhr	Fichte 1. — Giebichenstein 1.	Othello
10.20 Uhr	Othello 1. — ASC. 1.	Fichte, Ammendorf
9.40 Uhr	Othello 2. — ASC. 2.	Fichte, Ammendorf

Schülerinnen

9 Uhr	Othello — ASC.	Giebichenstein

ASC. 1. — Frisch auf, Nietleben 1. 0:1

Hier begann das Spiel mit 25 Minuten Verspätung. Nietleben hatte Anwurf, doch der Ball wird von den Läufern abgefangen und die Stürmer ziehen vor das Nietlebener Tor, können aber durch den rutschigen Boden oder das Schlußpech nichts Zählbares erzielen. Nach beiderseitigen Torbesuchen kann Nietleben in der 25. Minute durch einen Schützer der ASC.-Verteidigung das einzige Tor schießen. Nach Halbzeit sieht ein Sportgenosse von Nietleben wegen Verletzung aus. Durch rohes Spiel hier. Anpöbeln des Schiedsrichters mußten noch zwei Genossen das Spielfeld verlassen. Dann brach der Schiedsrichter Schaal, Wörmlitz, das Spiel wegen allzu rohen Spieles seitens Nietlebens ab. Genossen, vergeßt nicht, daß wir Arbeitersportler sind!

ASC. 2. — Frisch auf, Nietleben 2. 0:0

Mit 20 Minuten Verspätung (warum?) stellten sich beide Mannschaften dem Schiedsrichter (Wörmlitz). Durch den nassen und schweren Boden konnten beide Mannschaften ihr volles Können nicht entfalten. Nach beiderseitigen Torbesuchen erbeitete ASC. eine Ueberlegenheit heraus, doch konnte er wegen der fleißigen Verteidigung nichts erzielen.

Othello 1. — Schwimmer 1. 4:3.
Canena 1. — Osmünde 1. 10:0.
Seeben 1. — 09 1. 0:0.
VfB. 1. (9 Mann) gegen Merseburg 1. 0:1.
Othello 2. — Sportlust 2. 3:1.
Othello Jugend — Fichte Jugend 4:0.
ASC. 1. Sportlerinnen — Fichte Halle 1. 1:2.
Wörmlitz Schüler — Minerva Schüler 1:1.
Othello 1. Schüler — Fichte 1. Schüler 0:1.
Othello 2. Schüler — Fichte 2. Schüler 3:1.
Othello Schülerinnen — Fichte Halle Schülerinnen 4:1. Bg.

Arbeitsgemeinschaft für das Stadion Halle. Die dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossenen Vereine und Verbände werden gebeten, ihre Wünsche für das Jahr 1927 um Ueberlassung des Stadions zu Veranstaltungen und Trainingszwecken bis spätestens 31. Januar an die Adresse unseres Schriftführers Hädicke, Moritzzwinger 11, einzureichen.

Turner

8. Bezirk, 1. Gruppe. Sonntag, den 23. Januar 1927, früh 10 Uhr, findet im Hotel Loebs Hof, Halle, Merseburger Straße 54, unser Gruppentag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Mandatsprüfung, 2. Jahresbericht des Vorstandes, 3. Neuwahl, 4. Anträge, 5. Veranstaltung 1927, 6. Verschiedenes. Die Delegierten sind nach dem Bezirksstatut zu wählen und mit Mandat zu versehen. Anträge müssen 8 Tage vorher im Besitz des Vorsitzenden sein. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Kegler

Arbeiter-Kegler-Bund, Ortsgruppe Halle

Am Freitag, dem 21. Januar, ½8 Uhr, im „Volkspark" erweiterte Vorstandssitzung.

Der Vorstand.

Am 1. Januar spielten Freie Kegelschwestern gegen Freie Bahn Osmünde und konnten nach hartem Kampf 40 Punkte mit nach Halle nehmen.

Die Sportkommission.

Vereinsmitteilungen

Fichte Halle. Sonnabend, den 22. Januar, ½8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung des Technischen Ausschusses der Handballmannschaften und Vorstandsmitglieder. [35

25]

Zement

Von Fedor Gladkow

Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halpern

... Man hätte seinerzeit das Werk sprengen sollen, um zusammen mit ihm zugrunde zu gehen. Das wäre eine gute Antwort gewesen, nach den Gesetzen von Wirkung und Gegenwirkung ...

Wenn man ihn jetzt hier, auf diesem Wege, finden würde — so ist er vollständig bereit. Eigentlich hat jetzt nur noch etwas ganz Unbedeutendes zu geschehen, eine Kugel durch seinen Kopf: die vorhergegangene Etappe ist schon durchlebt. Nur noch ein wenig hier zwischen seinen Bauten bleiben dürfen, wo sein Leben seinem Niederschlag gefunden hat in den Kristallen der machtvollen, strengen Architektur ...

Die Kultur welcher Welt trägt der Arbeiter Gljeb Tschumalow in sich? Aus dem Blute auferstanden, ist er furchtlos und unbesiegbar, und in seinen Augen sind Kraft und Schrecken. Und als Gljeb heute bei der Begegnung mit ihm lächelte, waren unverständliche Tiefen in seinem Lächeln und ein Wissen, daß Ingenieur Kleist nicht kannte. Und mit all dem war auch Gljeb Tschumalows Helm durchtränkt. Und sein Gesicht und sein Helm vereinigten sich in eins.

Ein eigensinniges, unheimliches Gesicht — ein eigensinniger und unheimlicher Helm.

Dieser Helm bestätigte die drohende Gegenwart. Und außer dem Helm und Gljebs Gesicht gab es nichts.

Es gibt keinen Ausweg. Er, Ingenieur Kleist, ist bereit. Es ist besser, wenn man ihn hier erschlägt, zwischen diesen Bauten als zu Hause. Diese Riesen und er sind unzertrennbar: ihn erschlagen, das hieße; zusammen mit ihm all diese Tempel seines Lebens zerstören.

Ueber den fernen Bergen, hinter der Stadt, erlosch der Himmel wie erkaltendes Eisen, und die Zacken der Bergrücken waren schwarz von all den Dächern des gewaltigen Werkes. Rundum war eine deutliche klingende Stille. Irgendwo, nicht sehr weit, pfiff und krächzte ein Eisenblock unter müden Händen. Erschrocken schrie ein Kuckuck auf dem Baume in der trüben Ferne und irgendwo, auf derselben Seite, zitterte in flimmerndem Glanze das niederfallende Eisen.

Gljeb stand auf der Spitze des Turmes, der aus Stahlstreifen spinnwebegleich geflochten war. Einst wurden von hier aus Kohlen für das Maschinenhaus in die Laufkörbe verladen: die Laufkörbe wurden durch den Aufzug in den schwarzen Abgrund des Schachtes heruntergelassen und glitten dann auf Seilen über Schienen, durch Tunnels in das Maschinenhaus. Jetzt war der Turm leer, und hinter dem Geländer klaffte in der Mitte das Maul der ufertosen Finsternis.

Bis zum Schmerze in den Fingern preßte er die eisernen Stäbe des Gitters in den Händen und sah auf die Eisenbeton-Bauten, auf die 80 Meter hohen, zu den Sternen strebenden Schlote, auf die klingenden Saiten der Seile und die stehengebliebenen Laufkörbe und mahlte mit den Kiefern, daß die Zähne knirschten.

Wie Höllenfeuer dröhnte das Werk. Die Erde zitterte von der Tollheit der Maschinen, und die Luft spritzte mit brennenden Splittern aus den flammenden Fenstern heraus, aus dem das augenblendende Auflodern der rotierenden Oefen, aus den unzähligen lila Monden und aus den Dynamitsprengungen der Bergmassive. Und dort in der Bucht, am Quai, standen Ozeandampfer und fraßen mit ihren nicht satt werdenden Bäuchen Millionen Tonnen frischen Zements. Und vom Werk zum Quai und vom Quai zum Werk flogen gleich fliegenden Schildkröten mit Pfeifen und Sirenengeheul ganze Reihen von Laufkörben durch die Luft. Tausende Arbeiter brannten wie Armeen von Teufeln im Feuer, sprengten die Berge zu Schutt und Staub, beleuchteten die Tage durch Schwefel und steinigen Dunst und die Nächte durch die flammenden Fenster und das wogende Feuer.

Das war in der Vergangenheit. Und jetzt ist Stille und ein großer Friedhof. Die Bremsberge, die Stahlwege und Schienen sind mit Gras bewachsen. Das Metall ist mit einer dicken Rostschicht bedeckt und die starken Eisenbetonmauern der Bauten sind durch Löcher und Bergströme verwundet.

Ingenieur Kleist ging langsam, blieb oft stehen und sah auf die vielstöckigen Quadratblöcke der Bauten wie auf das Grabmal einer vergangenen Epoche. Sah hin und dachte. Ging, blieb stehen, und dachte.

Gljeb bückte sich über das Geländer und sah den zerfließenden Schatten des Ingenieurs Kleist scharf an.

Das ist der Mensch, den er in jeder Stunde seines Lebens mit Genuß mit seinen eigenen Händen ersticken könnte, und diese Stunde wäre die schönste seines Lebens. Das ist er, der ihn in rachsüchtiger Wut den Offiziersbanden — also der Folter und dem Tode — ausgeliefert hatte. Und diesen Tag kann Gljeb in aller Ewigkeit nicht vergessen ...

... Man hatte die Arbeiter auf der Landstraße, vor dem Bureaugebäude in Reih und Glied aufgestellt (es waren nicht mehr viele: viele hatten sich versteckt, viele waren mit der Roten Armee weggegangen). Er und drei seiner Kameraden hatten keine Zeit mehr gehabt, um zu fliehen, und kämpften weiter. Einer der Offiziere, mit einer Nagaika in der Hand, rief die Familiennamen, sie von einem Papier ablesend, laut auf. Er prügelte sie einzeln mit seiner Nagaika und übergab sie dann den anderen Offizieren. Und auch die prügelten, prügelten mit ihren Nagaikas und mit den Revolvern. Gljeb hörte mit der Oberfläche seines Bewußtseins, ganz vermorren, die gräßlichen Schreie der Arbeiter. Und er konnte nicht verstehen, ob es Protestschreie waren oder ob die Offiziere seine Kameraden prügelten. Und sah nur durch blutige Tränen, für einen kurzen Augenblick, wie sie auseinanderliefen und wie die Offiziere mit Nagaikas und Revolvern hinter ihnen herjagten. Und als man alle vier mit den blutig zerfleischten Gesichtern in das Arbeitszimmer des Ingenieurs Kleist schleifte, sah dieser, leichenblaß, mit bebenden Kiefern, sie lange an. Die Offiziere stellten ihm — alle durcheinander — Fragen, hart, kurz, nach militärischer Art, und er schwieg erschüttert, mit gemachter Kälte. Er schaute Gljeb durchdringend an und schwieg, und in seinen Augen sah Gljeb ein Mitleid, das von Ekel durchdrungen war. Und dann sagte er leise, mit einer krächzenden Heiserkeit in der Stimme:

— Ja, das ist er ... Und die ... Ja, ja ... das sind sie ...

— Haben Sie sonst nichts zu sagen, Herr Kleist?

— Was nun weiter zu geschehen hat — ist nicht meine Sache, meine Herren: das ist schon Sache Ihres Gutdünkens.

Man warf sie in eine leere Scheune und prügelte sie die ganze Nacht. In den Augenblicken des Bewußtseins spürte Gljeb die Schläge — leise, wie aus der Ferne kommende, und gräßliche, erschütternde, ihn in Stücke zerfleischende. Aber auch diese Schläge waren schmerzlos und seltsam unnwendig: als ob er in einem Faß eingemauert säße und jemand sinnlos und frech mit den Füßen an den Wänden herumtrommelte.

Und als er zu sich kam, war schwarze Stille um ihn. Er kroch betäubt und halb lebendig in der Scheune herum. Stieß auf die von Blut glitschigen Körper der Kameraden. Sie waren welk und kalt und rochen nach Eingeweide und Blut. Er kroch die Wand entlang, fand ein breites Loch und kroch hinaus. Durch die Nacht und das Gebüsch geschlüpft, kroch er bis zu seiner Hütte, und von da an hatte ihn niemand mehr gesehen.

... Das kann man nie, das kann man für die Ewigkeit nicht vergessen ...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270117-17/fragment/page=0008